Martin Böttger

# Schule der Opposition

## Eine politische Autobiografie



## Impressum

Autor: Martin Böttger

Fotonachweis:
S. 5/6/7/10/11/23/31/39/45/46/50/Umschlag: Privatarchiv Böttger
S. 17: Christoph Konrad
S. 18/19/20/39: Stasiunterlagenarchiv
S. 22: Antje Böttger
S. 28: Matthias Kluge
S. 40/41: Hartmut Beil
S. 47: Dr. Edmund Käbisch

Layout/Druck: Zschiesche GmbH Wilkau-Haßlau

Mai 2023

Martin Böttger

# Schule der Opposition

## Eine politische Autobiografie

# Martin – Freund und Gefährte

Über die Abenteuer seines langen Lebens könnte er mindestens tausend Seiten schreiben, meine Erinnerungen an ihn würden weit über hundert Seiten füllen. Für seinen kurzen Abriss muss die Kürze regieren.

Martin war für uns alle ein Unikum, der in seiner Person die verschiedensten Seiten miteinander verbinden konnte. Ein begnadeter Physiker und Tüftler, glaubensfester Christ und hingebungsvoller Familienvater. Ihre Wohnung ganz nahe am alten Friedrichstadtpalast wurde zu einem der Hauptquartiere der späten DDR-Opposition.

An seiner scheinbar harmlos freundlichen Art bissen sich die erfahrensten Bearbeitungsspezialisten des MfS die Zähne aus. Da stellte er sich im Herbst 1983 in aller Seelenruhe allein mit einer Kerze vor die sowjetische Botschaft und wurde natürlich sofort mitgenommen. Welche Aktion sollte da wohl gestartet werden, welcher verdeckte Terrorismus bahnte sich da an? Das musste doch herauszukriegen sein. Martin gab nichts preis, weil er nichts preiszugeben hatte.

Am liebsten hätten ihn die Schergen des Systems in das tiefste Loch gesteckt und für immer verschwinden lassen. Nur war Genosse Stalin, ihr aller Ahnherr, schon lange tot.

Damals ging so etwas noch, doch in der DDR der achtziger Jahre wehte bereits ein anderer Wind. Der ihnen freundlich gegenübersitzende mehrfache Familienvater war ein Freund von Petra Kelly, die ob seiner Festsetzung sofort die Weltpresse alarmierte. Rücksichten waren zu nehmen und Böttger gelangte schnell wieder in Freiheit.

Als ab 1986 die Initiative Frieden und Menschenrechte durch spektakuläre Aktionen von sich reden machte, war ihr Mitbegründer Martin häufig Ideengeber, Mitinitiator oder auch selbst dabei. Wir beide hatten noch nach dem Kriegsrecht in Polen im Sommer 1983 eine illegale kurze Tour durch das Land gemacht. Beide wussten und spürten wir, dass die polnische Opposition nicht zu kopieren war. Wir konnten ihr aber mit Zeitverzögerung nacheifern und davon zeugten unsere Aktionen.

Aus Dutzenden Aktiver, die sich rund um die Initiative scharten, wurden Hunderte und Tausende. An genau diesem Kipppunkt, im Januar 1988 schlug meine Stunde. Im Zuge der Luxemburg-Liebknecht Demonstration, nicht als Teilnehmer, sondern als Rädelsführer verhaftet, fand ich mich in der Untersuchungshaft in Hohenschönhausen wieder.
Fest gewillt, die Haft dort auszusitzen, wurden meine Frau Lotte und ich mit der Situation unserer Kinder erpresst, waren gezwungen, zeitweilig die DDR zu verlassen. Hier war es Martin, der uns gegen Angriffe und Verleumdungen aus den eigenen Reihen verteidigte, an uns glaubte und uns in unserem Exil in der Bundesrepublik besuchte.

Kurz danach kam der nächste Schritt – die Geburtsstunde des Neuen Forums. Und wieder stand Martin in der ersten Reihe. Jetzt kümmern wir uns gemeinsam um die Verteidigung der Ukraine.

Martin, mein Lieber, lass uns hundert Jahre alt werden
und noch einige Abenteuer gemeinsam erleben.

*Wolfgang Templin*

# Inhaltsverzeichnis

# Kindheit

Am 14. Mai 1947 wurde ich, Theodor Martin Böttger, als vierter von fünf Söhnen der Pastorsfamilie Dietrich und Martha Böttger im Pfarrhaus in Oberfrankenhain südlich von Leipzig geboren. Mutter wirkte, wie damals auf dem Lande durchaus üblich, an der Gemeindearbeit mit. Sie hatte ursprünglich Medizin studiert, diesen Beruf aber mit der Heirat aufgegeben. Ihre medizinischen Kenntnisse kamen ihr dann in dem kleinen Dorf, das über keine Arztpraxis verfügte, bei der Behandlung kleinerer Unfälle und mancherlei Krankheiten zugute.



*meine Eltern Martha und Dietrich Böttger mit mir im Juni 1947*

Das Pfarrhaus in Oberfrankenhain liegt als Teil eines Dreiseitenhofes in unmittelbarer Nähe der alten Wehrkirche. Sie ist über 800 Jahre alt, das Pfarrhaus stammt jedoch aus dem 19. Jahrhundert. In dem Nachkriegsjahr meiner Geburt und den Folgejahren gab es besonders wenige Lebensmittel, so dass meine Mutter oft nicht wusste, wie sie mich ernähren sollte. Demzufolge wuchs ich als ein schmächtiger Junge heran. Nichtsdestotrotz zog mich Mutter zu Gartenarbeit heran. Auch „Kartoffeln stoppeln“ und Ähren lesen auf den abgeernteten Feldern wurden mir in diesen Hungerjahren vertraut.

1953 wurde ich in die örtliche Grundschule eingeschult. Das Lernen fiel mir leicht. Mein netter Klassenlehrer schrieb in das erste Halbjahreszeugnis: „Martin war fleißig und strebsam. Er beteiligte sich rege am Unterrichtsgeschehen. Nur das Äußere seiner Arbeiten war zu bemängeln (Schrift).“ Tatsächlich machte mir Schönschreiben nie Freude und auf dem ersten Zeugnis prangte im Fach Schreiben eine 4.

Schon im ersten Schuljahr bekamen alle Kinder das blaue Pionierhalstuch. Meine Mutter war nicht begeistert, stellte mir aber frei, mich der Pionierorganisation

anzuschließen. Da die Mädchen und Jungen meiner Klasse ausnahmslos alle den „Jungen Pionieren“ beitraten, tat auch ich dies. Schließlich wollte ich, der sich nie an Raufereien beteiligte und sich deswegen schon als Außenseiter fühlte, nicht auch noch als Verweigerer dieser Organisation dastehen.

Warum verhinderten meine Eltern nicht meinen Beitritt zu den Jungpionieren? Hatten sie sich nicht schon lange gegen die atheistische Beeinflussung ihrer Kinder gewehrt? Ich kann sie nicht mehr fragen, erkläre mir das aber folgendermaßen: Meine Eltern wollten ihre Konflikte mit dem Staat nicht auf dem Rücken ihrer schwachen Kinder austragen. Vermutlich sagten sie sich, dass der Junge später ja immer noch genug Gelegenheit bekommen würde, Konflikte mit der Staatsmacht auszuhalten, und dann hoffentlich auch besser bestehen würde, als wenn er schon in seiner Kindheit zu einer bestimmten Position gedrängt worden wäre.

Auch in religiöser Hinsicht stellten mir meine Eltern keine Forderungen. Meine Mutter sagte zwar „Gott sieht alles“, verband dies aber nicht mit der Drohung eines himmlischen Strafgerichts. Das Christentum wurde mir von meinen Eltern vorgelebt und die Lehre des Jesus von Nazareth fiel bei mir auf fruchtbaren Boden. Das lag sicherlich daran, dass sich seine Lehre nicht so sehr an die Starken, sondern vielmehr an die Schwachen wandte. Jesus predigte keinen strafenden Gott wie Paulus, sondern einen gütigen Gott. Von Paulus übernahm ich den Satz „Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig“.





*Kirchturm und Grundschule in Frankenhain*

Klar gab es auch am heimischen Küchentisch politische und weltanschauliche Diskussionen, aber nicht immer im Beisein der Kinder. Ich erinnere mich deutlich an eine Auseinandersetzung, die meine Mutter zum Elternabend in der Schule führte. Zum nächsten Schulfest sollte eine Gruppe von Soldaten zur Belustigung der Kinder auf der Festwiese und auch im Festumzug auftreten. Dagegen sprach sich meine Mutter deutlich aus und erhielt viel Zustimmung von den anwesenden Bäuerinnen. Die lokale Presse veröffentlichte daraufhin einen bösen Artikel über meine Mutter, die ja sonst wegen ihrer Gastfreundschaft bekannt war, aber keine Soldaten in ihrem Dorf beherbergen wollte. Wenn ich mich recht erinnere, fand damals das Schulfest ohne Beteiligung der Nationalen Volksarmee statt.

Ein kleiner Erfolg einer mutigen Mutter.
Anders als bei den Jungpionieren fiel meine Entscheidung zur Jugendweihe im siebten Schuljahr aus. Mit noch drei Mädchen aus meiner Klasse lehnte ich die atheistische Jugendweihe ab und besuchte den Konfirmandenunterricht. Damit waren wir vier eine Minderheit in der 36-köpfigen Klasse, hatten aber keine besonderen Schikanen deswegen auszustehen. Das mag an der humanistischen Gesinnung unseres Klassenlehrers gelegen haben. Er war es dann auch, der meinen Übergang in die „Erweiterte Oberschule" befürwortete. Damit durfte ich ab der 9. Klasse diese gymnasiale Einrichtung in der Kreisstadt Geithain besuchen.
Dort war man politisch nicht so tolerant wie in der Grundschule. Direktor Paul Hammer entpuppte sich als kommu-



*In der „Station Junger Naturforscher" in Frohburg lernen die Kinder der Grundschule Frankenhain einiges über Biologie und Gartenbau. Wahrscheinlich 6. Schuljahr, 1963.*

nistischer Hardliner und versuchte, uns auf Linie zu bringen. Wie alle Klassenkameraden trat auch ich sofort der FDJ bei, wurde jedoch dort mit keinerlei Funktionen betraut. Im Zeugnis vom Februar 1962, ein halbes Jahr nach dem Mauerbau, liest sich das so: „Trotz mancher Vorbehalte in politisch-ideologischen Fragen diskutierte er immer mit." Nicht alle Lehrer waren SED-Mitglieder, einige retteten sich zur LDPD und zur CDU. Diese Parteien waren jedoch nicht eigenständig, sondern als „demokratischer Block" von der SED abhängig.

Im Nachhinein bedauere ich meine FDJ-Mitgliedschaft nicht, erhielt ich immerhin dadurch später Gelegenheit, aus dieser Organisation wieder auszutreten, auch wenn dies mit einigen Konflikten verbunden war. Doch darüber an anderer Stelle.

# Musikalische Anfänge

Im Wohnzimmer in Frankenhain stand ein Klavier, das mich magisch anzog und auf dem ich schon als Kleinkind klimperte. Meine Mutter war die erste, die dem Jungen die Noten beibrachte. Dann schickte sie mich zum Unterricht zu Kantor Walter Spänich, der im gleichen Haus wohnte. Lieber als Klavier wollte ich aber das Orgelspiel erlernen. Meine Mutter: „Sobald deine Beine lang genug sind, dass sie von der Orgelbank bis hinunter zum Pedal reichen, darfst du Orgelunterricht nehmen."

Als ich 9 oder 10 Jahre alt wurde, war es dann so weit. Die Eltern schickten mich nach Geithain zum Kantor Max Andreas. Er war ein guter Pädagoge und führte mich in die Geheimnisse der Orgel mit ihren vielen Registern und Klangfarben ein. Die Kirche war nicht geheizt und wenn es im Winter zu kalt wurde, unterrichtete mich mein Lehrer in seinem Arbeitszimmer. Er führte mich sehr einfühlsam in die Musiktheorie ein. Ich lernte bei ihm alles Nötige über Harmonielehre und Kontrapunkt. Daneben gab es Klavierunterricht.

Ich erinnere mich noch, wie ich die zweistimmigen Inventionen und dreistimmigen Sinfonien von Johann Sebastian Bach lernte. Als ich die erste Invention in C-Dur fehlerfrei spielen konnte, sagte er mir: „Nun versuche du mal selbst, eine Invention zu schreiben!" Er gab mir ein Thema und noch ein paar Regeln mit und schickte mich mit dieser Aufgabe nach Hause.
Natürlich war ich mit dieser Art Kompositionsunterricht völlig überfordert. Die Hausaufgaben erledigte ich trotzdem, wenn auch mit einiger Mühe. Irgendwann später gewann ich Lust an der Sache und schrieb mit 14 Jahren sogar eine Fuge für Orgel. Relativ leicht fiel mir die Harmonielehre. Das mag daran gelegen haben, dass Mathematik schon immer zu meinen Lieblingsfächern gehörte. Das Verhältnis von Tonika, Dominante und Subdominante lässt sich ja mathematisch fassen. Ich lernte nun, einen Choral vierstimmig zu setzen. Zunächst geschah alles auf Notenpapier und erst Jahre später lernte ich, Choräle nach dem Gesangbuch vierstimmig „spielend" zu harmonisieren. Diese Fähigkeit kommt mir heute noch beim gottesdienstlichen Orgelspiel zugute.

## Kantor im Nebenberuf

Als Vierzehnjähriger durfte ich 1961 die „Leistungsprobe für Kirchenmusiker" ablegen. Sie entspricht der heutigen D-Prüfung und ihr Bestehen berechtigt, zu einem geringen finanziellen Entgelt Gottesdienste musikalisch zu gestalten. Die Prüfung wurde vom damaligen Rochlitzer Kirchenmusikdirektor

Max Mäser abgenommen und bestand darin, den Gemeindegesang eines Gottesdienstes auf der Orgel zu begleiten, ein freies Orgelstück vorzutragen, einen vierstimmigen Satz mit dem Chor zu üben sowie ein Kirchenlied mit der Kurrende einzustudieren. Das erledigte ich zur Zufriedenheit des prüfenden Kirchenmusikers. Zu dieser Zeit hatte ich schon in der Gemeinde meines Vaters Erfahrungen im gottesdienstlichen Orgelspiel gesammelt. Für diese sonntäglichen Dienste (bis zu drei an einem Tag) erhielt ich ein kleines Honorar, mit dem ich meinen Orgelunterricht bezahlte. Nach dem Tod meines Lehrers Max Andreas (da war ich wohl 12 Jahre alt) übernahm mich seine Tochter Gisela, eine versierte Pianistin und Organistin, und führte den Unterricht bis zu meinem Abitur fort.

Immer wieder baten mich Gemeindepfarrer um Dienste an der Orgel. Später in Berlin waren das ab 1977 die Golgatha-Gemeinde und die Gemeinde Philippus-Apostel im Stadtbezirk Mitte. Im Jahr 1986 bot das evangelische Konsistorium Berlin-Brandenburg einen Kurs für nebenamtliche Kirchenmusik an, der mit der C-Prüfung abschloss. Diese Prüfung absolvierte ich 1987 an der Pfingstkirche in Berlin-Friedrichshain. Das Prüfungszeugnis, das zum nebenamtlichen kirchenmusikalischen Dienst berechtigt, trägt die Unterschrift des Konsistorialpräsidenten Manfred Stolpe. Es ist der Stolpe, der in der Berliner Szene durch seine Diplomatie mit staatlichen Stellen nicht unumstritten war.
Er wurde nach der Herbstrevolution und der darauf folgenden Länderbildung Ministerpräsident in Brandenburg. Mein von ihm unterschriebenes Kantorenzeugnis ist bis heute gültig.



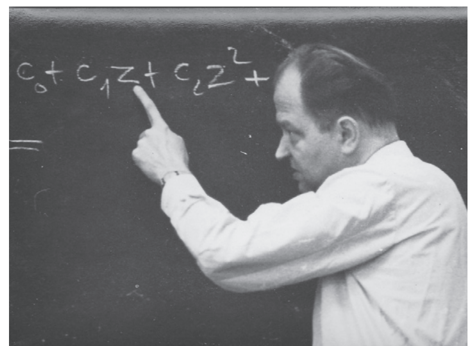
*An der Orgel in den 1980er Jahren in der Golgathakirche Berlin*

# Studium

Schon in der 11. Klasse konnte man sich für ein Studium bewerben. Ich entschied mich für Physik und wurde dann auch zu einer Eignungsprüfung an die TU Dresden eingeladen. Trotz „ideologischer Vorbehalte“ bestand ich den Test, in dem neben Physik auch meine gesellschaftswissenschaftlichen Kenntnisse geprüft wurden.
Nach dem Abitur 1965 mit einem Notendurchschnitt von 1,8 wurde ich zum Physikstudium in Dresden immatrikuliert. Mit mir studierten in drei Seminargruppen 60 Studenten und eine Studentin. Nicht alle schafften es bis zum Diplom. Unter den 20 Studenten meiner Gruppe stellten überzeugte SED-Genossen und -Kandidaten nur einen relativ geringen Anteil, in meiner Erinnerung nicht mehr als fünf. Ungleich höher fiel der Anteil derer aus, die der SED kritisch gegenüber standen, wobei die meisten ihre Kritik jedoch nicht offen äußerten. Verstärktes Murren gab es erst nach dem 21. August 1968, als Truppen des Warschauer Paktes den Prager Frühling niederwalzten. Die Unmutsäußerungen wurden jedoch nicht öffentlich und beschränkten sich auf einen kleinen Teil der Seminargruppe.

Schon im April dieses Jahres hatten sich aufmüpfige Diskussionen innerhalb der Seminargruppe ergeben, als die SED sich anschickte, eine neue Verfassung für die DDR durch Volksentscheid verabschieden zu lassen. Dozenten für Marxismus-Leninismus versuchten, uns zur Abgabe von JA-Stimmen zu bewegen. Ich weiß von einigen aus meiner Gruppe, die so wie ich unter mehr oder weniger großen Ängsten das Feld NEIN auf dem Stimmzettel ankreuzten. In die Kabine traute sich fast niemand. Später merkten wir, dass es für eine Neinstimme bei diesem Volksentscheid keine Konsequenzen gab, solange dieses NEIN nicht öffentlich bekundet wurde. Eigentlich hätte man keine Angst zu haben brauchen.

Die Seminargruppe hatte im Jahr zuvor schon einen kleinen politischen Aufruhr erlebt, der ohne unmittelbare Konsequenzen blieb. Was war geschehen? Die FDJ führte eine Umtauschaktion aller Mitgliedsausweise durch. Alle 20 Studenten waren Mitglied der FDJ.




*Prof. Horst Wenzel in der Vorlesung Mathematik 1968*

Wir sollten zu einem bestimmten Datum unsere Mitgliedsausweise abgeben, um neue mit aktuellem Passfoto zu erhalten. Beim Empfang der neuen Dokumente sollten wir auch folgenden Satz unterschreiben: „Ich erkenne das Statut der FDJ an." Das war für einige von uns Anlass, dieses Statut erst einmal zu lesen. Ich hatte, obwohl seit meinem 14. Lebensjahr FDJ-Mitglied, dieses Statut noch nie zur Kenntnis genommen.

Als sich abends einige von uns in der Kneipe trafen, entstand nach dem dritten Bier der Gedanke, die Statut-Anerkennung einfach nicht zu unterschreiben. Der Grund war für mich einerseits die atheistische Ausrichtung der FDJ durch die Berufung auf den Marxismus-Leninismus. Auch las ich im Statut folgenden Satz: „Die Freie Deutsche Jugend erzieht die Jugend zur Liebe zur Arbeiterklasse und ihrer Partei." Damit war die SED gemeint, die nie meine Partei war. Deshalb wollten wir den neuen Ausweis nicht annehmen. Tags darauf verkündeten Dieter, Rainer und ich der erstaunten Seminargruppe diesen Entschluss. Außer bei den überzeugten SED-Anhängern fand dieses Vorhaben unserer Dreiergruppe sehr viel Anklang beim Rest des Seminars. In einer eilig einberufenen FDJ-Versammlung warf uns der Sekretär mangelnden Klassenstandpunkt vor. Wir drei müssten als angehende Diplomphysiker doch wissen, dass wir im späteren Berufsleben Vorbild für „unsere Werktätigen" zu sein hätten. Doch ein großer, mutiger Teil der Seminargruppe stellte sich in der heftigen Auseinandersetzung mit der FDJ-Leitung hinter uns drei.
Am Ende verloren Dieter, Rainer und ich unsere FDJ-Mitgliedschaft, nicht aber unsere Studienplätze. Ohne die Solidarität des Großteils der Seminargruppe wären wir drei höchstwahrscheinlich vorzeitig exmatrikuliert worden.

Erst zum Ende des Studiums, als ich ein damals mögliches dreijähriges Forschungsstudium mit Promotion beantragte, verkündete mir mein damaliger Diplom- und späterer Doktorvater Prof. Günther Landgraf, dass mein Antrag auf ein Forschungsstudium wegen einer negativen Stellungnahme der FDJ abgelehnt sei. Ich fragte Prof. Landgraf, wieso die FDJ eine Stellungnahme zu meinem Antrag abgebe, wo ich doch gar nicht (mehr) Mitglied dieser Organisation war. Daraufhin Landgraf: „Ich bin auch nicht Mitglied der SED und trotzdem hat die SED eine Stellungnahme zu meinem Antrag auf Habilitation abgegeben." Er durfte mir die Stellungnahme der FDJ nicht aushändigen, las mir aber einen Kernsatz vor: „Böttger trat aus der FDJ aus und engagiert sich anstatt dessen in der Evangelischen Studentengemeinde."
Damit war der Fall klar. Ich durfte zwar mein Studium 1970 mit einem Diplom am Institut für Technische Mechanik bei Prof. Landgraf abschließen, erhielt jedoch

keine Erlaubnis, am selben Institut eine Dissertation anzufertigen. Die schrieb ich dann erst zehn Jahre später neben meiner Arbeit an der Bauakademie in Berlin als „externer Aspirant" wieder unter der Betreuung von Prof. Landgraf und reichte sie 1980 bei der TU Dresden ein. Da war dann wohl mein FDJ-Austritt vergessen. Oder die schützende Hand Günther Landgrafs bewirkte die Annahme und ein Jahr später die erfolgreiche Verteidigung meiner Dissertation.

Ich muss wohl niemandem erklären, wie froh ich war, als Günther Landgraf im Jahr 1990 erster demokratisch gewählter Rektor der TU Dresden wurde. Leider versäumte ich es, ihn vor seinem Tod 2006 zu fragen, ob er sich damals tatsächlich für mich eingesetzt hatte.

# Wehrersatzdienst

Ich kam durch mein Christentum zur Verweigerung des Waffendienstes, denn für mich galt das 5. Gebot: Du sollst nicht töten! Zur Musterung mit 18 Jahren sagte ich das noch nicht und durfte darauf fünf Jahre lang studieren. Erst während dieser Zeit, vor allem durch die Evangelische Studentengemeinde, reifte in mir der Wunsch, mich zu dem seit 1964 möglichen waffenlosen Dienst bei den Bausoldaten zu melden.

Das tat ich dann mit 23 Jahren im Jahr 1970, als ich bereits das Diplom sicher hatte, und meldete das bei der Einberufungsüberprüfung auf dem Wehrkreiskommando Dresden an. Das ging relativ unkompliziert vonstatten – ich musste keine lange Begründung abgeben. Meine Eltern unterstützten erwartungsgemäß meine Entscheidung. Vater Dietrich, Jahrgang 1900, war während seiner gesamten Dienstzeit als Pfarrer Gemeindeseelsorger in dem kleinen Bauerndorf Frankenhain in Sachsen gewesen. Während der Hitlerdiktatur gehörte er der Bekennenden Kirche an. Sein Bruder, ebenfalls Pfarrer, hielt sich dagegen zu den Deutschen Christen, die keine Probleme mit der Rassenideologie der Nazis hatten. Dadurch ging ein Riss mitten durch diese Familie. Vielleicht erhielt ich schon durch meinen Vater eine Prägung, nicht auf staatliche Ideologie hereinzufallen.

Als 99 Prozent der wehrpflichtigen jungen Männer in der DDR ihren „Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee" leisteten, diente ich ohne Waffe als Bausoldat in Groß Mohrdorf bei Stralsund. Ich nahm eine rechtliche Möglichkeit wahr, die im Prinzip seit 1964 jedem jungen Mann offen stand, jedoch aus Unkenntnis – in einigen Fällen wohl auch aus Angst – nur von wenigen genutzt wurde.

Für mich wurde die Bausoldatenzeit zu einer bedeutenden Etappe. Wer sich zu den Bausoldaten mustern ließ, meldete sich sozusagen an einer Schule an. Keine Schule für Theoretiker in Militär-, Gesellschafts- oder Politikwissenschaften. Sondern eine Schule der praktischen Erfahrung. Eine Schule für das Handwerk der Opposition. Mit der Einberufung zur Baueinheit wurde der junge Mann kein Student, sondern Lehrling. Zwar lernte er, wenn er Glück hatte, in seiner Einheit so manchen Theoretiker kennen und erfuhr viel über Mechanismen einer autoritären Diktatur. Die Herrschaftsmechanismen bekam er aber zuerst, und viel eindrücklicher als es jeder Theoretiker vermocht hätte, ganz praktisch und elementar vorgeführt. Er hatte den Widerstand gegen Herrschaft im täglichen Überlebenskampf seiner Individualität selbst zu entwickeln.
In unserer knappen Freizeit lernten wir Bausoldaten in der DDR verbotene Literatur kennen. Besonders gefähr-

lich war der Besitz von „1984“ von George Orwell. Unter großen Vorsichtsmaßnahmen gelang es mir, dieses Buch von einem Freund zu borgen und in einem Ritt durchzulesen. Auch ich gab Bücher weiter, zum Beispiel das mir von einer Westverwandtschaft geschenkte Buch „Freiheit“ von Martin Luther King. Es handelt vom Busstreik in Montgomery im Jahr 1955. Die Gedanken des Trainings der Gewaltfreiheit ermunterten uns immer wieder zu fruchtbaren Gesprächen. Ein kultureller Höhepunkt war die szenische Lesung des Dramas „Draußen vor der Tür“ von Wolfgang Borchert, in dem ich die Hauptrolle sprechen und singen durfte. Erstaunlich, dass die Vorgesetzten keine Einwände gegen die Aufführung dieses Anti-Kriegs-Dramas erhoben.

Aber ich habe meine Bausoldatenzeit vor allem als Schule praktischer Opposition gegen Befehlsgewalt erlebt. Darum habe ich damals, 1970 bis 1972, nicht gelernt, wie man politische Essays schreibt, sondern wie man sich unerlaubt von der Truppe entfernt. Ich lernte nicht, Reden zu halten, dafür aber die Vorgesetzten auszutricksen. Auch viele meiner Freunde in der Baukompanie beherrschten weniger die Schreibkunst, als das Übersteigen von Zäunen. Sie hatten Hände, die zu gebrauchen weniger Intellekt, als viel mehr Mut erforderte.
War es eine mutige Tat, eine konspirative Gruppe zu gründen? Irgendwann im Jahre 1971 suchte ich mir aus jeder der fünf Zehn-Mann-Baracken der Baustelle Groß Mohrdorf einen Menschen, mit dem ich über alles reden konnte. Bald trafen sich Christoph, Konrad, Michael, Wolfgang und ich ganz heimlich irgendwo im Gelände und verabredeten regelmäßige Beratungen über alles, was sich um uns zutrug. Wir wollten nicht von Offizieren bemerkt, aber auch nicht von den Stasi-Spitzeln unter uns verraten werden. So trafen wir fünf uns unbemerkt, mal in einem Bauwagen, mal in einem Zelt, mal in einem der Bunker, die wir gerade bauten. Wir redeten über die Schikanen der letzten Woche, über die Möglichkeit, die Arbeitsleistungen noch weiter herunterzuschrauben, über drohende Bestrafungen, aber auch über die Gefahr der Korrumpierung einzelner durch Belobigungen wegen ihrer guten Arbeit. Sogar über Sabotageaktionen dachten wir nach.
Hatte dies Konsequenzen? Zuerst wohl nur für uns, indem wir glaubten, eine widerständige Zelle aufgebaut zu haben. Wenn wir zurück in unsere Baracken kamen, merkte keiner etwas. Keiner sah uns unseren Mut an. Nur einmal, als wir gemeinsam an dem einzigen Pfarrer unter uns, dem allseits beliebten Siegfried Neher, vorbeikamen, lästerte dieser, nur für uns hörbar: „Aha, man konspiriert wohl wieder.“

Lange beschäftigte uns Helmut, ein für uns undurchsichtiger Bausoldat. Mal belehrte er uns, dass man im Falle des

Aufstandes zuerst die Energiezentralen abschalten müsse. Ein andermal behauptete er, schon für die Stasi gearbeitet zu haben. Mal begehrte er auf, ein andermal duckte er sich ab. Nie wussten wir, ob er eine Strategie hatte und ob wir eventuell gemeinsame Sache mit ihm machen könnten.

Dann trat er plötzlich und für uns unerwartet zu den Soldaten über. Seine offizielle Begründung: die für ihn überzeugenden Gespräche mit dem Politoffizier. Inoffiziell uns gegenüber: Wir Bausoldaten seien doch allesamt Flaschen und zu keinen wirklichen Aktionen fähig. Wie auch immer: Es gab eine feierliche Vereidigung durch den Bataillonskommandeur, Lob mit Beförderungsaussicht für den Politoffizier und einen Feiertag für die Stubengenossen des neuen Soldaten. Diese erzählten uns aber später, dass Helmut sich manchmal merkwürdig verhielt. Er schmiss sich aufs Bett, lachte und weinte gleichzeitig, war öfters nicht ansprechbar. Wir fünf beschlossen darauf, Näheres in Erfahrung zu bringen. Es sollte uns nicht gelingen, denn bald verschwand Helmut spurlos.

Nach etwa drei Monaten verkündete der Politoffizier beim Appell: „Der ehemalige Soldat Helmut Sch. wurde wegen staatsfeindlicher Hetze durch das Bezirksgericht Halle zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt." In dem allgemeinen Erschrecken hörten wir den Offizier beim Weggehen sagen: „Er hätte zehn Jahre bekommen sollen."
Ich weiß bis heute nicht, was Helmut getan hatte und was aus ihm wurde. Vermutlich wurde er irgendwann freigekauft und einmal hörte ich bei einem Ehemaligen-Treffen gerüchteweise, dass er in München lebe. Noch oft träumte ich von ihm.

Wegen meiner Entscheidung zum Wehrersatzdienst war dann nach meiner Dienstzeit als Bausoldat ganz klar meine Karriere zu Ende. Ich durfte zwar als einfacher wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Datenverarbeitung, und zwar im Kombinat Robotron Karl-Marx-Stadt arbeiten, hatte jedoch keinerlei Aufstiegschancen. Selbst Gruppenleiter durfte ich nicht werden oder eine vergleichbare Funktion einnehmen.

Unmittelbar nach ihrer Entlassung leistete eine Gruppe ehemaliger Bausoldaten, zu denen ich gehörte, einen Arbeitseinsatz im zivilen Bereich, um ihre Bereitschaft zu einem echten Zivildienst zu demonstrieren. Das fand im Klärwerk Münchehofe bei Berlin statt. Nach dem zweiwöchigen Arbeitseinsatz schickten wir einen Brief an Erich Honecker, in dem wir um die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes in der DDR baten. Auf diese Eingabe erhielten wir jedoch keine Antwort. Auch eine Erinnerung von mir persönlich an Honecker fruchtete nicht.

Trotz der Karriereverweigerung (oder vielleicht gerade deswegen?) blicke ich positiv auf meine Bausoldaten-Zeit zurück. Natürlich gab es Schikanen. Auf der anderen Seite lernte ich zahlreiche wertvolle Menschen kennen, die mir interessante Anregungen gaben. Deswegen spreche ich von dieser Zeit als meiner „Schule der Opposition".

Auf einem im September 2004 veranstalteten Bausoldaten-Kongress in Potsdam traf ich auf Menschen, die ganz ähnlich wie ich durch ihre „Spaten-Zeit" entscheidend geprägt wurden, wie zum Beispiel Rainer Eppelmann, den Vorsitzenden der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.



*Arbeitseinsatz ehemaliger Bausoldaten unmittelbar nach ihrer Dienstzeit („19. Monat") im Klärwerk Dahlwitz-Hoppegarten bei Berlin*

# Erlebnisse mit der Staatssicherheit in Karl-Marx-Stadt

Nach meiner Bausoldatenzeit begann ich 1972 meine berufliche Tätigkeit als Programmierer in Karl-Marx-Stadt. Ich merkte, dass unangepasstes Verhalten in der DDR Tribut kostete. Meine Neinstimme zur Volkskammerwahl und meine Nichtteilnahme an der jährlichen Maidemonstration kosteten mich noch nichts.




*Ich reihe mich zur offiziellen Maikundgebung mit einem selbst gefertigten Schild in den Demonstrationszug ein.*

Anders wurde es, als ich auf die Idee kam, mich zur Mai-Demonstration mit einem selbst gemalten Plakat zu beteiligen. Ich hatte auf dem Weihnachtsmarkt 1974 in Karl-Marx-Stadt einen jungen Mann gesehen, der ein Pappschild mit folgender Aufschrift trug: „Wo bleiben die Menschenrechte der UNO?“ Es dauerte nicht lange, bis er von zwei Polizisten abgeführt wurde. Ich fragte mich, was passieren würde, wenn jemand nicht auf dem Weihnachtsmarkt, sondern auf einer öffentlichen Kundgebung derartig demonstrieren würde. Diese Gedanken hatte ich Anfang 1975, knapp drei Jahre nach meiner Bausoldatenzeit. Sie bedeuteten für mich den Übergang von der passiven zur aktiven Opposition.

Ich musste all meinen Mut und Gottvertrauen, alles was ich in den anderthalb Jahren Bausoldatenzeit gelernt hatte, aufbieten, um mich zu meiner Aktion am 1. Mai, dem „Kampftag der Werktätigen“ durchzuringen. Als ich endlich entschlossen war, es zu wagen, rechnete ich mit Reaktionen der Sicherheitskräfte. Deshalb plante ich meine Demonstration für die Menschenrechte als Einzelaktion. Ich weihte niemanden ein, um das Risiko gering zu halten. Denn ich wusste damals schon, dass die Strafe härter ausfallen würde, wenn die Tat in einer Gruppe geplant worden wäre. Als Losung wählte ich einen positiven Spruch: „Für die Verwirklichung der Menschenrechte!“ Diesen malte ich auf ein großes Hartfaserschild, das ich zunächst auf der Schulter trug und erst, nachdem ich mich auf der Bahnhofstraße in den Zug eingereiht hatte, hochhielt.
Überraschenderweise geschah an diesem 1. Mai 1975 nichts. Ungehindert konnte ich mit dem Plakat, das unübersehbar die Verwirklichung der Menschenrechte for-

derte, im Zug mitmarschieren, auch am „Karl-Marx-Schädel" und an der Tribüne vorbei. Volkspolizei und Staatssicherheit müssen völlig unvorbereitet gewesen sein, denn es gelang ihnen offenbar nicht, mich rechtzeitig aus dem Marschzug herauszuholen. Als sich der Zug auflöste, stellte ich das Plakat unauffällig an einer Hauswand ab.

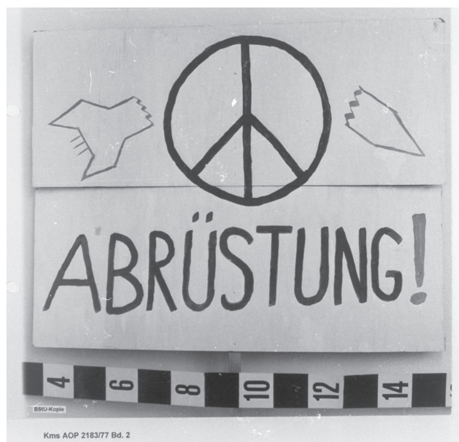
Erst im nächsten Jahr, am 1. Mai 1976, waren die Sicherheitskräfte vorbereitet. Kriminalisten hatten inzwischen meine „Täterschaft" anhand von Fotos ermittelt und nun war es der Staatssicherheit mit ihrem riesigen Überwachungsapparat ein Leichtes, mich abzufangen, bevor ich den Demonstrationszug erreichte. In meiner Stasi-Akte, die den bezeichnenden Titel „Operativer Vorgang Spaten" trägt, ist nachzulesen, dass mich die Herren von der Abteilung VIII bereits rechtzeitig vor dem Haus Ehrlichstraße 20, in dem ich damals wohnte, erwarteten. Auf meinem Schild stand diesmal das Wort ABRÜSTUNG, umrahmt von Symbolen der Friedensbewegung.
Nur einige hundert Meter, nachdem ich das Haus verlassen hatte und, das Plakat auf dem Rücken, zur Haltestelle der Straßenbahn strebte, kam mir ein Auto vom Typ Wartburg entgegen. Drei Herren stellten sich mir als Ministerium für Staatssicherheit vor, verfrachteten mich samt Plakat ins Auto und fuhren mich auf den Kaßberg. Dort befand sich damals die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt des Ministeriums für Staatssicherheit, mit dem ich bis zu diesem Zeitpunkt wissentlich noch nicht zu tun hatte. Unwissentlich hatte ich durchaus schon seit geraumer Zeit mit den Männern dieser Behörde zu tun, denn deren Spitzel tummelten sich, wie ich später in den Akten nachlesen konnte, auch in den kirchlichen Kreisen, in denen ich verkehrte, beispielsweise in der Evangelischen Studentengemeinde, im Jugendpfarramt und in der Bonhoeffer-Gemeinde.




*Ich verlasse mein damaliges Wohnhaus mit dem Abrüstungsschild auf dem Rücken, um mich ins Stadtzentrum von K.-M.-Stadt zu begeben.*

Die Herren, die mich dann vernahmen, zeigten sich entsprechend informiert, was mich anfangs mächtig beeindruckte.
Die Vernehmungszimmer befanden sich damals in einem unauffälligen Gebäude an der Henriettenstraße. Das Verhör – im Stasi-Deutsch „Befragung" – dauerte laut Protokoll sechs Stunden und endete mit Belehrungen und Drohungen. Ich verließ das Gebäude mit weichen Knien und mit der Ungewissheit, wem meiner Freunde ich nun noch trauen könnte und ob ich überhaupt meine Erlebnisse bei der Stasi irgendjemandem mitteilen könne. Wiederum brauchte ich eine ganze Zeit, um mit dieser Erfahrung umgehen zu können und mich Gleichgesinnten zu öffnen. Ich lernte, über welche Druckmittel eine Geheimpolizei im Vergleich zur normalen Polizei verfügt. Sie hatte die Möglichkeit, Verdächtige konspirativ zu verhaften, so dass kein Angehöriger des Beschuldigten davon erfuhr.
Die Staatssicherheit betrachtete mich von dieser Zeit an, wie ich später in den Akten nachlesen konnte, als „Demonstrativtäter". Wenn ich die Protokolle, Berichte und Maßnahmepläne heute lese, frage ich mich, wer damals mehr Angst hatte: ich vor der Staatssicherheit oder die Staatssicherheit vor mir.

Falls die Staatssicherheit Angst vor mir hatte – und einige Aktenstellen deuten darauf hin – heißt das noch lange nicht, dass ich damals keine Fehler gemacht hätte. Es gibt wohl einiges, was




*Die Stasi fotografiert mein konfisziertes Plakat für meine Akte.*

ich in meiner Zeit als Bürgerrechtler in der DDR falsch gemacht habe. Zum Beispiel habe ich bei meinen ersten Befragungen durch das Ministerium für Staatssicherheit am 1. Mai 1976 auf dem Kaßberg im Anschluss an meine versuchte Demonstration für Abrüstung viel zu viele Fragen beantwortet. Leider beantwortete ich auch Fragen nach Bausoldaten, mit denen ich in Verbindung stand, nannte Namen: ein unverzeihlicher Fehler. Bei einer Vernehmung oder Befragung – das lernte ich erst später – sollte man niemals Namen nennen. Ich lernte dann auch, dass die Strafprozessordnung der DDR den Beschuldigten in der Vernehmung außer zu seinen eigenen persönlichen Daten – Name, Geburtsdatum, Wohnung – nicht zu irgendeiner Aussage verpflichtet.

Dadurch wurde es mir möglich, mich bei späteren Vernehmungen anders zu verhalten. Ich lernte aus meinen Fehlern. So kam es dann zu Dialogen wie dem folgenden aus dem Jahre 1983 in Berlin:
Vernehmer: „Von wem erfuhren Sie, dass am 1. September eine Menschenkette von der amerikanischen zur sowjetischen Botschaft gebildet werden sollte?"
Böttger: „Das sage ich Ihnen nicht."
Vernehmer: „Warum sagen Sie das nicht?"
Böttger: „Ich sage Ihnen auch nicht, warum ich Ihnen das nicht sage."
An dieser Stelle gab der Vernehmer meist auf und wechselte das Thema.
Wieder in Freiheit, berichtete ich dann meinen Freunden von den Erfahrungen bei diesen Befragungen. Daraus entwickelten sich regelrechte juristische Beratungen für Menschen, denen Zuführungen und Verhaftungen drohten. Dabei erfuhr ich: Wer andere richtig beraten will, muss die Erfahrung selbst gemacht haben.

# Ankunft in Berlin

Im Jahr 1976 ergab sich für mich, der sich auf seiner Arbeitsstelle beim VEB Robotron in Karl-Marx-Stadt zunehmend langweilte, eine Gelegenheit, nach Berlin zu wechseln. Ein Freund hatte als Mathematiker am Haus der Gesundheit in Berlin seine Stelle als Statistiker gekündigt und empfahl mir, mich auf diese Stelle zu bewerben. Ich sagte mir: Statistik müsste ich als Physiker mit solider mathematischer Ausbildung doch auch können, und bewarb mich. Die Abteilung Psychotherapie nahm meine Bewerbung an und so konnte ich in die Hauptstadt umziehen. Die Arbeit bestand im Wesentlichen aus der statistischen Auswertung psychotherapeutischer Gesprächsgruppen. Auch psychologische Fragebögen galt es auszuwerten. Also eine durchaus interessante Sache. Bald stellte sich jedoch heraus, dass ich mit den Psychologinnen und Psychologen immer weniger klar kam – oder sie nicht mit mir. Einerseits erlebte ich sie als Freudianer, obwohl Sigmund Freud in der DDR verpönt war. Andererseits bemerkte ich bei den meisten von ihnen ein sehr angepasstes Verhalten gegenüber staatlichen Erwartungen. Deshalb schloss ich mit meiner Arbeitgeberin nach bereits acht Monaten einen Aufhebungsvertrag, obwohl ich noch kein neues Arbeitsverhältnis in Aussicht hatte. Viele meiner Bekannten wunderten sich darüber.



*Teilnahme an der Maidemonstration 1980 in Berlin, Karl-Marx-Allee*

Also machte ich mich auf die Suche nach einer neuen Arbeitsstelle und fand sie auch bald im Versorgungskontor Leder. Dort durfte ich einen Kleinrechner programmieren. Auch der Großhandel in der DDR inklusive Lagerhaltung war durchaus interessant, aber befriedigte mich ebenfalls nicht auf Dauer. Nach zwei Jahren, im Sommer 1979, erhielt ich eine wirklich interessante Arbeitsstelle an der Bauakademie Berlin im Institut für Projektierung und Standardisierung. Dort ging es um statische Berechnungen an mehrgeschossigen Bauwerken. Zur Verfügung stand ein Großrechner der Reihe ESER, an dem ich schon in Karl-Marx-Stadt gearbeitet hatte. Ich musste nur eine neue Programmiersprache lernen, in diesem Falle PL/1. Der größte Vorteil für mich: Ich konnte meine abgebrochene Dissertation an der TU Dresden bei Prof. Landgraf fortsetzen. Im Jahr 1980 reichte ich sie in Dresden

als externer Aspirant ein und verteidigte sie im Jahr 1982 erfolgreich. Sie wurde mit „magna cum laude“ bewertet.

Politisch hatte ich mich an diesen Arbeitsstellen relativ ruhig verhalten, aber zum 1. Mai 1980 erwachte wieder mein Demonstrationstrieb. Ich bereitete ein Plakat vor mit einem Stahlhelm, aus dem eine Blume wächst. Zu diesem Motiv hatte mich das Friedensseminar in Königswalde bei Werdau inspiriert. Meine Ehefrau war eingeweiht und begleitete mich bis zur Karl-Marx-Allee. Versteckt hinter dem Kinderwagen, in dem unser erster Sohn Daniel saß, fotografierte sie mich. Bald wurde ich von einem Polizisten abgeführt und zum Verhör in die Stasi-Zentrale gebracht.



*Prof. Günther Landgraf, TU Dresden, gratuliert mir zur erfolgreichen Verteidigung meiner Dissertation 1982*

Das Plakat wurde konfisziert und ich einer Befragung unterzogen. Der Offizier wollte wissen, warum ich schon wieder eigenmächtig mit einem Plakat unterwegs war, obwohl ich doch schon vier Jahre zuvor in Karl-Marx-Stadt deswegen verwarnt worden war. Damals hatte die Stasi meine Aktion als Provokation gewertet. Meine Antwort laut Protokoll: „Ich war bereits 1976 der Auffassung, dass mein Auftreten mit einem selbst gefertigten Plakat mit einem derartigen Inhalt keine Provokation darstellt. Auch sehe ich in meinem heutigen Auftreten keine Provokation. Die Meinung der Angehörigen der Sicherheitsorgane, die mir 1976 mitteilten, dass ich derartige Handlungen in der Folgezeit unterlassen soll, ist für mich nicht maßgeblich, weil meine diesbezügliche Handlung keine Straftatbestände verletzt.“

Nach der mehrstündigen Befragung fühlte ich mich zwar gestresst und wohl auch ein bisschen verängstigt, hatte aber das gute Gefühl, wieder einmal mit dem Schrecken davon gekommen zu sein. Wieder hatte ich etwas gelernt und meine Widerständigkeit trainiert. Von Berliner Freunden erfuhr ich, dass eine Verhaftung am frühen Morgen sehr unangenehm sein kann, wenn man unvorbereitet aus dem Bett geholt wird. Da war es für mich schon besser, wenn ich wenigstens den Zeitpunkt meiner Verhaftungen einigermaßen selbst bestimmen konnte.

## Juristische Beratung in Berlin

Am 25. November 1987 stürmte die Staatssicherheit den Keller des Gemeindehauses der Zionskirche in Berlin. Sie nahm vier junge Menschen fest, die gerade dabei waren, die Untergrundzeitschrift „Umweltblätter" zu drucken. Sie wurden „auf frischer Tat" ertappt, staatsfeindliches Material zu vervielfältigen. Im Stasi-Jargon hieß diese Aktion „Falle" und sollte dazu dienen, staatsgefährdende Umtriebe zu bekämpfen.

In Windeseile sprach sich diese Aktion in der oppositionellen Szene in Ostberlin herum. Wir versammelten uns am Folgetag in der Zionskirche und berieten, was zu tun sei. Einige Jugendliche hatten bereits auf dem Kirchendach einen Spruch auf einer großen Stoffbahn angebracht, die weithin den Protest gegen die Verhaftungen zum Ausdruck brachte. Mit einer Feuerwehrleiter nahmen Polizisten diese Stoffbahn sehr schnell wieder ab.

Am Abend des 28. November trafen sich die jugendlichen Unterstützerinnen und Unterstützer der Umweltbibliothek im Gemeindesaal der Zionskirche. Wir beschlossen, eine Mahnwache vor der Kirche zu installieren. Dabei entstand die Frage, was wir der Polizei sagen würden, warum wir hier stünden. Sollten wir einfach nur stummen Protest demonstrieren? Ich schlug vor, diese Aktion einfach nur „Protest gegen Verhaftungen" zu nennen. Das Wort Protest war selbst nicht verboten, so wie vielleicht Rücktrittsforderung oder Umsturzaufrufe. Immerhin gab es das Wort „Protest" in der Strafprozessordnung der DDR als ein Mittel des Staatsanwaltes gegen ein aus seiner Sicht zu mildes Urteil. Wir einigten uns also schnell auf diese Sprachregelung und begannen abends 11 Uhr mit der Mahnwache.

Kaum hatten wir uns vor die Kirche gestellt, kam ein Polizist auf uns zu und sagte: „Diese Protestaktion ist illegal. Entfernen Sie sich sofort!". Ich fragte mich, wieso der Polizist das Wort „Protest" verwendete, obwohl es nicht auf unseren Plakaten stand. Das musste ihm ein Spitzel, der zu unserer vorhergehenden Beratung anwesend war, gesteckt haben. Als wir der Polizei nicht Folge leisteten, verfrachtete sie uns unter Anwendung leichter Gewalt in einen bereit stehenden LKW. Noch auf der Ladefläche ergriff ich die Gelegenheit, meine juristische Beratung fortzusetzen und die Verhafteten zu ermutigen. Ich sagte, dass man bei einem Verhör durch Polizei oder Staatssicherheit zwar eigenen Namen und Adresse sagen müsse, nicht aber die Namen von Freunden und Bekannten. Das Verschweigen der Namen von „Mittätern" sei nicht strafbar. Ich empfahl, bei der Sprachregelung „Protest" zu bleiben, weil dieses Mittel auch nach DDR-Recht nicht strafbar sei.

Auf dem gleichen LKW befand sich auch die engagierte Mitarbeiterin der städtischen kirchlichen Jugendarbeit Marianne Birthler. Wir kannten uns schon flüchtig durch die„Initiative Frieden und Menschenrechte“. Nachdem die etwa 30 Protestierenden im Polizeipräsidium Keibelstraße abgeladen und in eine Art Klassenzimmer geführt wurden, mussten wir sehr lange auf unsere Vernehmungen warten. Etliche Jugendliche machten es sich auf Stühlen und auf dem Fußboden bequem. Marianne und ich beneideten diese jungen Leute um ihre Fähigkeit, in fast jeder Lage schlafen zu können.

Irgendwann nach ermüdenden Einzelverhören wurde die gesamte Gruppe am nächsten Vormittag auf freien Fuß gesetzt. Alle begaben sich wieder zur Zionskirche und stellten erfreut fest, dass die Mahnwache weiterging. Sie hatte sich nur vom Vorplatz der Kirche in deren Eingangsbereich zurückgezogen. Nach nur wenigen Tagen wurden die vier Aktivisten der Umweltbibliothek entlassen, wobei der Vorwurf der staatsfeindlichen Tätigkeit zunächst aufrechterhalten wurde. Trotzdem feierte die oppositionelle Szene in Ostberlin diese Aktion, die wenig später als „Schlacht um Zion“ in die Untergrundliteratur einging, als ihren Sieg.

## Ausreiseangebote der Stasi

Am 10. Dezember 1987, dem Tag der Menschenrechte, begaben sich Werner Fischer, Peter Grimm, Ralf Hirsch, Gerd und Ulrike Poppe, Sinico Schönfeld, Wolfgang Templin und ich auf den Weg zum DDR-Komitee für Menschenrechte. Wir wollten am Sitz dieser Alibi-Institution eine Erklärung darüber abgeben, was wir unter der Wahrung der Menschenrechte verstehen. Dazu trafen wir uns ganz in der Nähe des unscheinbaren Gebäudes an der Otto-Grotewohl-Straße, Ecke Behrenstraße. Die Staatssicherheit war über die geplante Aktion bereits informiert, wahrscheinlich durch ihren Spitzel Sinico Schönfeld, und erwartete uns dort. Man lud uns auf einen LKW. Ulrike Poppe konnte den Stasileuten klar machen, dass ihre Kinder unbeaufsichtigt blieben, wenn sie nicht sofort in ihre Wohnung zurückkehren könnte. Daraufhin durfte sie den LKW verlassen. Wir sieben anderen wurden in einen Zuführungsstützpunkt der Volkspolizei nach Rummelsburg gefahren. Jeder von uns erhielt einen Platz in einem käfigartigen Raum im Keller. Dann wurden wir einzeln zu stundenlangen Befragungen geholt. Die befragenden Stasi-Offiziere wollten vor allem wissen, wer die westlichen Medien über unsere Aktion informiert hatte. Ich gewann den Eindruck, dass die Stasi nichts so sehr fürchtete wie die westdeutsche Öffentlichkeit. Bei mir fand sie

Visitenkarten von Hartmut Jennerjahn (dpa) und Hans-Jürgen Börner (ARD). Ich wusste bereits, dass Kontakte zu westlichen Journalisten nicht strafbar waren, und konnte entsprechende Fragen gelassen beantworten.

In der Stasi-Akte heißt es dazu laut Befragungsprotokoll: „Haben Sie die Absicht, zu den Korrespondenten JENNERJAHN und BÖRNER Kontakt aufzunehmen? Antwort: Bis jetzt habe ich nicht diese Absicht. Aber wer weiß, wenn ich eventuell mal schlecht behandelt werde. Aber dazu habe ich bis jetzt keinen Grund, mich über meine Behandlung während der Befragung zu beschweren."

Normalerweise endeten derartige Befragungen spätestens nach 24 Stunden, so wollte es das Polizeigesetz. Da nun aber am nächsten Tag Michail Gorbatschow in Ostberlin weilte, wollte der Staat nicht, dass wir dem sowjetischen Staatsoberhaupt in die Arme laufen. Also wurde die Frist auf 48 Stunden gemäß einer Ausnahmeregelung in der Strafprozessordnung verlängert. Dagegen beschwerten sich Werner Fischer und ich, natürlich ohne Erfolg. Nach fast zwei vollen Tagen wurden wir aus der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Rummelsburg entlassen. Ganz am Ende kam ein erkennbar höherer Stasi-Offizier auf mich zu und unterbreitete mir folgendes Angebot: „Hinsichtlich Ihrer Person bestehen keine Hindernisse, Ihren ständigen Wohnsitz ab sofort bei denjenigen Personen zu nehmen, die Ihnen für Ihre gesetzwidrigen Aktivitäten die entsprechende Inspiration, Anleitung und Unterstützung geben."

Dieses Angebot – man könnte es auch Ausreiseantrag nennen – erhielten alle zugeführten Personen. Niemand ging darauf ein.

Als ich nun endlich nach der zweitägigen Inhaftierung auf freiem Fuß war, hätte ich eigentlich sofort nach Hause zu meiner Familie gehen sollen. Ich hatte aber just für den Abend meiner Entlassung eine Theaterkarte einstecken. Die Volksbühne zeigte eine Dramatisierung des Romans „Meister und Margarita" von Michail Bulgakow. Dieses Stück wollte ich nun unbedingt auch noch sehen und verlängerte dadurch meine Abwesenheit von meiner Familie um zwei Stunden. Die Aufführung wurde für mich nach den Hafterlebnissen zu einer bleibenden Erinnerung. Ich erhielt die Gelegenheit, die gerade zu Ende gegangene Haft mit den viel härteren Repressalien Stalins in Moskau zu vergleichen.

# Friedensbewegung

Unmittelbar nach dem Wehrdienst ohne Waffe hatte ich mich an der Initiative ehemaliger Bausoldaten für regelmäßige Treffen in Südwestsachsen beteiligt. Die Zusammenkünfte sollten zum Austausch über politische und weltanschauliche Probleme dienen und zur Beratung über praktische Möglichkeiten von Pazifisten in der schon damals sehr militarisierten DDR. Diese „Friedensseminare" fanden seit 1973 bis 2019 in der Regel zweimal jährlich in kirchlichen Räumen in Königswalde bei Werdau in Sachsen statt. Seit Ende der siebziger Jahre erreichte die Teilnehmerzahl mehr als hundert, aus dem Süden der DDR und darüber hinaus.

An den Seminaren beteiligten sich neben ehemaligen Bausoldaten junge Männer, denen die Entscheidung über ihren Wehrdienst bevorstand, sowie insgesamt an diesen Themen interessierte junge Menschen. Der pazifistische Impuls der Initiatoren führte zunächst zu Themen wie der Wehrdienstverweigerung und der Militarisierung der Gesellschaft. Mit der Entwicklung der Friedensbewegung im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte und entstehenden Kontakten zu westlichen Aktivisten kamen Fragen der internationalen Abrüstung, der Blockkonfrontation und der Umweltbelastung hinzu. Die Seminare hatten kulturelle Rahmenprogramme mit verbotenen oder halblegalen Schriftstellern, Liedermachern und Liedermacherinnen. Bettina Wegner sang an einem Abend „Sind so kleine Hände". Auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre nahmen mehrere hundert Menschen an den Seminaren teil, und es hatten sich eine Reihe ähnlicher Seminare nach dem Vorbild Königswalde gebildet, vornehmlich im Süden der DDR, aber auch in Mecklenburg und Berlin.

In Königswalde waren es vor allem der Begründer des Friedensseminars Hans-Jörg Weigel, der für mich Vorbild wurde, sowie Georg Meusel, der dann im Jahr 1998 das Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage in Werdau gründete.

Ich selbst wurde nur einmal als Referent in das Friedensseminar Königswalde eingeladen, und zwar als Ersatz für den im Mai 1990 vorgesehenen Dr. Wolfgang Schwarz vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft in Berlin. Aus bis heute ungeklärten Umständen erhielt er durch einen gefälschten Telefonanruf eine Absage und stand deswegen nicht mehr zur Verfügung. Da dem Leiter des Seminars nun der Referent abhanden gekommen war, galt es, kurzfristig einen Ersatz zu suchen, und ich wurde

angefragt. Nach nur kurzem Zögern – schließlich bin ich kein eloquenter Redner – sagte ich zu. Und war dann am 19. Mai 1990 in der Jacobikirche Königswalde zur Stelle. Mich erwarteten über 100 Zuhörerinnen und Zuhörer. Als Thema wählte ich in Absprache mit Hans-Jörg Weigel die Frage„Ist ein geordnetes Zusammenwachsen Deutschlands möglich?“ Ausgehend von Willy Brandts berühmtem Ausspruch „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ sagte ich: „Jetzt wuchert zusammen, was zusammen gehören sollte.“ Damit kritisierte ich die Absicht der schnellen Vereinigung der beiden deutschen Staaten aus ökonomischer und verfassungsrechtlicher Sicht. Noch heute bin ich der Auffassung, dass die Währungsunion vom 1. Juli 1990 wegen des unrealistischen Umtauschkurses von 1:1 eine wesentliche Ursache für den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft war. Wie sollten die Unternehmen die über Nacht um das Dreifache gestiegenen Löhne bezahlen? Vielleicht wären Lohnsubventionen an ostdeutsche Unternehmen das richtige Mittel gegen Betriebsschließungen gewesen.

Nachdem ich seit 1972 als Informatiker in Karl-Marx-Stadt gearbeitet hatte, lebte ich seit 1976 in Berlin und heiratete 1978. Meine Frau hatte ich 1976 auf einem regionalen Kirchentag in Zwickau



*Am 19. Mai 1990 hielt ich das Referat auf dem Friedensseminar in Königswalde.*

kennen gelernt. Wir bekamen von 1979 bis 1987 fünf Kinder. Ich promovierte 1982 und arbeitete als Physiker und Informatiker. Zwischen 1983 und 1985 unterbrach ich meine Berufstätigkeit, um die Kleinkinder zu versorgen.

In Berlin gehörte ich bald zu den aktiven Mitgliedern der Friedensbewegung. So beteiligte ich mich an den regelmäßig stattfindenden kirchlichen Friedenswerkstätten in der Erlöserkirche Berlin und an Friedensgebeten. Vom 6. bis zum 9. August 1983, den Jahrestagen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, traf sich eine kleine Gruppe auf dem Gelände der Erlöserkirche zu einer Fastenaktion. Sie war als Solidaritätsaktion mit einer Gruppe in Frankreich gedacht, die so lange fasten wollte, bis erste Schritte zur atomaren Abrüstung eingeleitet würden. Während des Fastens entstand die Idee, am 1. September, dem Weltfriedenstag, eine Menschenkette von der amerikanischen bis zur sowjetischen Botschaft zu bilden.

Dieser Versuch einer Demonstration vor den zwei Botschaften während der Phase der stärksten Mobilisierung der Friedensbewegung unmittelbar vor dem Nachrüstungsbeschluss des Bundestages wurde jedoch durch die Staatssicherheit vereitelt. Am 1. September 1983 hatte ich noch an dem abendlichen Friedensgebet in der Golgathakirche mit Pfarrer Peter Hilsberg teilgenommen. Auf der Orgel spielte ich den Choral „Vor deinen Thron trete ich hiermit“ von Johann Sebastian Bach. Anschließend wollte ich zusammen mit Elisabeth Gibbels, die als Mitglied der Gruppe „Frauen für den Frieden“ ebenfalls an der Menschenkette teilnehmen wollte, mit Kerzen zur Straße Unter den Linden vor die sowjetische Botschaft gehen. Zwei Polizisten kontrollierten unsere Ausweise und als wir unsere Kerzen entzünden wollten, schlugen sie uns diese aus den Händen.

Die Staatsdiener brachten uns zunächst in eine nahe gelegene Polizeistation, anschließend in das Polizeipräsidium am Alexanderplatz und nach einem nächtlichen Verhör in die Untersuchungshaftanstalt Pankow des MfS. Es wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Vorwurf: „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“. Der Vernehmer zeigte mir das Strafgesetzbuch der DDR. Dort stand im § 214, Absatz 1: „Wer die Tätigkeit staatlicher Organe durch Gewalt oder Drohungen beeinträchtigt oder in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise eine Mißachtung der Gesetze bekundet oder zur Mißachtung der Gesetze auffordert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft.“ Unser Versuch, eine Menschenkette auf dem Bürgersteig zu bilden, sollte also

die staatliche Tätigkeit gefährdet haben! Als Verteidiger wählte ich Gregor Gysi und glaubte, mich mit seiner Hilfe gegen den absurden Tatvorwurf ausreichend wehren zu können. Schon in den Vernehmungen sagte ich, dass man auf dem Bürgersteig nicht demonstrieren könne, und hoffte, dass mich Gysi in der Gerichtsverhandlung in meiner Verteidigungsstrategie unterstützen würde. Durch dieses Verfahren drohte für mich das erste Mal ganz unverhohlen eine Gefängnisstrafe.

Zu einer Verhandlung kam es jedoch nicht. Nach Interventionen von Grünen, SPD- und CDU-Mitgliedern aus der Bundesrepublik, die sich an den Regierenden Bürgermeister von Westberlin gewandt hatten, wurde ich schon nach zwei Wochen freigelassen. Wie lief das ab? Bürgermeister Richard von Weizsäcker war am 15. September bei Erich Honecker zu Gast, sprach während eines Essens die ihm mitgeteilten Fälle von willkürlichen Verhaftungen an und bat um Freilassung der politischen Gefangenen. Als Gegenleistung dürfte finanzielle Unterstützung der DDR gestanden haben. Drei Stunden später waren Elisabeth und ich frei. Als ich nach der 14-tägigen Untersuchungshaft nach Hause kam und meine Ehefrau in die Arme schließen konnte, begrüßte mich mein vierjähriger Sohn Daniel mit den Worten: „Na, Papa, wie war es denn so im Kerker?"

Ich baute auch in Berlin Kontakte zu westdeutschen Grünen und anderen westlichen Mitgliedern der Friedensbewegung auf. Diese basierten auf dem ausdrücklich blockübergreifenden Verständnis der Friedensbewegungen in Ost und West, die sich miteinander gegen die jeweiligen regierenden Aufrüstungsbefürworter zu verbünden suchten. Die Beziehungen zu den Grünen und anderen westlichen Verbündeten der DDR-Opposition, wie auch das Engagement für blockübergreifende Initiativen blieben auch nach dem Abflauen der Friedensbewegung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre meine Anliegen. Von Ende 1983 bis zu unserem Umzug nach Sachsen im Sommer 1989 hielt ich besonders den Kontakt mit Petra Kelly und Gert Bastian aufrecht.

Als aktiver christlicher Laie engagierte ich mich im Rahmen der offiziellen Kirche. In den achtziger Jahren gehörte ich sechs Jahre lang dem Gemeindekirchenrat meiner Golgathakirche in Berlin-Mitte an und engagierte mich bei den Landessynoden der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Ich versuchte, dort eine weltlich orientierte Sichtweise zu propagieren und auch dem Kirchenparlament die „Einmischung in die eigenen Angelegenheiten" (Jürgen Fuchs) nahezubringen. In der weiteren Entwicklung und Ausdifferenzierung der Opposition gehörte ich Ende 1985 zu den Mitbegründern der Initiative Frieden und Menschenrechte, die aus der Kritik

an den kirchlichen Friedenswerkstätten entstand, und war ihr aktives Mitglied bis 1989. Neben der Publikation Offener Briefe und Memoranden sowie der Mitherausgabe von Samisdat-Veröffentlichungen beschäftigte ich mich vor allem mit dem Strafrecht der DDR und beriet von Strafverfolgung Bedrohte juristisch. Daraus entstand die Arbeitsgruppe „Menschenrechte und Justiz", die sich in der Regel in unserer Wohnung traf.

Einmal versammelten wir uns in der Wohnung einer Freundin zu einem Rollenspiel. Wir trainierten das Verhalten bei Vernehmungen durch die Staatssicherheit. Ich spielte den verhörenden Stasimann und ein Gruppenmitglied musste die Rolle des Verhafteten einnehmen. Nach dem Rollenspiel werteten wir das Verhalten sowohl des Stasi-Offiziers als auch des Beschuldigten in der Gruppe aus.



*„speakers corner" auf der Friedenswerkstatt 1983 in Berlin, Erlöserkirche*

# Doppeltes Gesellschaftsspiel: Bürokratopoly

Goethes Faust möchte wissen, „was die Welt im Innersten zusammen hält". Als Schüler lernten wir in der Schule, dass im Westen die Gier nach Geld die Gesellschaft zusammen hält. Nun konnte ich als junger Mensch den Westen zwar nicht selbst erleben, aber in meinem Freundeskreis kursierte ein Spiel, das die Geldgesellschaft simulierte: Monopoly. Wir spielten es mit Begeisterung.

Der einzige Nachteil daran: Wir konnten nicht vergleichen, ob dieses Spiel mit der westlichen Wirklichkeit übereinstimmte. Für den Osten gab es kein solches Spiel, denn Geld spielte in der Planwirtschaft keine bestimmende Rolle. Ich überlegte nun, was man Faust auf seine Frage nach dem Weltzusammenhang für die DDR antworten könnte, und kam bald auf folgende These: In einer zentralistischen Funktionärsbürokratie wie der DDR war es das Streben nach gesellschaftlichem Aufstieg, nach Macht, das das System zusammenhielt. Ohne ein natürliches Machtstreben, das hatte ich bei George Orwell gelernt, war der Kommunismus nicht möglich.

Dies wollte ich in einem Spiel verdeutlichen. Ich zeichnete eine Machtpyramide in der Draufsicht. Es entstand für die DDR ein Spielplan aus konzentrischen Kreisen, in deren Mittelpunkt der Generalsekretär der SED steht. Um ihn herum gruppiert sich der innere Kreis: die Mitglieder des Politbüros. Darunter ordnen sich die einzelnen Minister an, darunter die Direktoren (bei der Armee: die Generale), darunter die Abteilungsleiter (bei der Armee: die Offiziere) und ganz unten bilden die einfachen Arbeiter und Soldaten den niedersten Kreis der Machtpyramide. Die Unterstellungsverhältnisse zeigte ich durch einfache Striche zwischen den Positionen der Spielfiguren an. In der Draufsicht stehen die untersten Positionen des Machtgefüges am Rand des Spielfeldes. Und dorthin müssen die Spieler ihre Figuren bei Spielanfang stellen.

Danach beginnt ein rücksichtsloses Kämpfen um Posten: Die einfachen Arbeiter wollen gern Abteilungsleiter werden, die Soldaten streben nach dem Offiziersrang – ebenso die Polizisten. Auch die MfS-Angehörigen streben nach Aufstieg innerhalb ihrer Hierarchie. Es gibt Verlagsmitarbeiter, die gern einen Verlag leiten, später dann Abteilungsleiter im Ministerium werden möchten, um dann irgendwann Kulturminister zu werden und dann vielleicht noch das für Kultur und Ideologie zuständige Politbüromitglied (in der DDR zu meiner Zeit: Kurt Hager). Zu guter Letzt kämpfen die drei Mitglieder des Politbüros um den Posten des Generalsekretärs und

derjenige Spieler, dessen Figur diesen Posten einnimmt, ist Sieger.

Die Ereignis-, Beweis-, Beförderungs-, Freikauf- und Wahlbetrugskarten schrieb ich auf meiner Erika-Schreibmaschine. Ebenso die Spielanleitung. Sie beginnt mit den Worten: *An diesem unterhaltsamen Gesellschaftsspiel können sich drei bis acht Spieler beteiligen. Die Regeln sind – wie in der realen Gesellschaft auch – für den Anfänger etwas kompliziert und sollen hier leicht verständlich dargestellt werden.*
*Jeder Mitspieler verkörpert eine Partei, Gruppe, Clique oder sonstige Gruppierung, die an die Macht strebt. Dafür stehen ihm 5 Spielfiguren zur Verfügung. Mit diesen 5 gleichfarbigen Figuren hat der Spieler so zu operieren, dass eine von ihnen an die Spitze der Machtpyramide gelangt. Das Spiel ist erst dann zu Ende, wenn eine Figur Generalsekretär wird, womit gleichzeitig die Siegerpartei feststeht.*

Die Spielanleitung erläutert dann die einzelnen Machtebenen und -positionen und erklärt, auf welchen Wegen diese zu besetzen sind. Es gibt Wahlen und Wahlbetrug, Beförderungen, Delegierungen, aber auch Meuterei und Denunziationen, was zu Machtverlust führen kann. Mit Freikaufkarten kommen Insassen aus dem Gefängnis frei. Mit Beweiskarten kann man sich aufmüpfiger Protestierer entledigen.

Hier ein Beispiel für eine Karte, die ein Spieler ziehen und bei Bedarf einsetzen kann:
*Wahlbetrugskarte*
*kann zu einer Wahl eingesetzt werden, wo sie einen zusätzlichen Würfel erbringt. Das Sammeln dieser Karten ist mit einem gewissen Risiko verbunden (Haussuchung!). Pro Wahl dürfen höchstens zwei eingesetzt werden.*
Klar, dass ein zusätzlicher Würfel die Chance auf Gewinn dieser „Wahl“ beträchtlich erhöht.

Anderes Beispiel:
*Beförderungskarte*
*dient zur Beförderung eines verdienten Kaders auf die freie ihm unmittelbar vorgesetzte Stelle durch einen höheren Vorgesetzten. Der höhere Vorgesetzte hat diese Karte nach Gebrauch zurückzugeben.*
Diese Karte machte auch zeitweilige Koalitionen möglich. Es konnten sich zwei Spieler gegen einen Dritten zusammentun und diesen vom Aufstieg fernhalten. Kamen diese zwei Mitspieler durch derartige Intrigen gemeinsam ins Politbüro, wurden aus Freunden plötzlich Feinde, weil nur einer der beiden Generalsekretär werden konnte.
Manchen Aufstieg konnte der Spieler aber nur genießen, wenn er sich für seinen Start den Sicherheitsapparat ausgesucht hatte. So heißt es in einer Karte auch:
*Falls der Gewählte dem MdI angehört, darf er einen Mitbewerber einsperren*

*oder einen Gefangenen befreien. Falls er dem MfS angehört, darf er 2 einsperren oder 2 befreien.*

Viel Mühe verwendete ich darauf, die richtige Höhe und das richtige Gefälle der Machtpyramide zu finden. Wie viele Untergebene soll ein Vorgesetzter haben? Wie steil geht der Weg nach oben? Wie viele Steine braucht ein Spieler, damit nach ein bis zwei Stunden eine seiner Figuren Generalsekretär wird? Da half nur Probieren. Ich konnte meine Frau und unsere Freundin Elisabeth überreden, die verschiedenen Spielvarianten auszuprobieren. Auch bei der Entwicklung der Ereigniskarten gaben sie mir wichtige Ratschläge. Ein Ereignis konnte zum Beispiel in einem harten Winter bestehen, der zum Stromausfall führt. Konsequenz: Der Energieminister wird abgesetzt. Beliebte Ereignisse waren auch: Hausdurchsuchungen, Razzien, Aufdecken von Wahlbetrug.
Hier ein Beispiel:
*Ein harter Winter zwingt den Minister für Kohle & Energie, sein Amt einem fähigeren Nachfolger zur Verfügung zu stellen. Dieser ist aus den ranghöchsten Unterstellten zu wählen.*
1977 hatten wir einen solchen Winter gehabt – das Beispiel war also durchaus real.

Eine analoge Ereigniskarte gab es für den Fall einer Missernte, die den Landwirtschaftsminister das Amt kostete. Er musste sich dann als einfacher Polizist bewähren.

Besonderer Reiz lag in der Bildung von temporären Koalitionen. Das hatte ich mir bei Monopoly, aber auch bei dem Spiel „Risiko“ abgeschaut. In solchen Mehrpersonenspielen kommt ein Spieler schneller zum Ziel, wenn er sich zeitweilig mit einem Mitspieler verbündet. Kurz vor Erreichen des Ziels wird dann von dem Stärkeren die Koalition aufgekündigt. Das lässt sich in einem Spiel, bei dem es nur um Hierarchieaufstieg geht, gut abbilden. Die Figuren zweier verbündeter Spieler kommen auf der Karriereleiter schneller voran als die Figuren eines Alleinspielers. Im Gegensatz zum Skat können bei Bürokratopoly die Koalitionen jederzeit aufgekündigt und neu geschlossen werden. Nachteil: Bei sensiblen Spielern entsteht dadurch leicht Frust. Auch das musste ich mit den beiden Frauen durchspielen.

Irgendwann im Jahre 1984 war es dann soweit, dass ich das Spiel einer größeren Gruppe von Oppositionellen vorstellen konnte. Nachdem ich lang und breit die Spielanleitung erläutert hatte, blieb nur noch bei einer Teilnehmerin, meiner Schwiegermutter Waldtraud Killat, eine letzte Frage: Wie viele Jahre gibt es denn für die Teilnahme an diesem Spiel?
Diese Frage blieb damals unbeantwortet. Im Jahr 2005, als ich bereits die Außenstelle der Bundesbeauftragten für

die Stasiunterlagen leitete, stieß ich auf Akten, die von dem Spiel Bürokratopoly berichteten.
*Inoffiziell wurde bekannt, daß in Kreisen des politischen Untergrundes seit ca. zwei Monaten von einem neuen sogenannten Gesellschaftsspiel mit negativ-feindlichem Charakter namens „Bürokratopoly“ gesprochen wird, welches von dem operativ bekannten*
*B ö t t g e r, Martin*
*OV „Diplom“, BV Berlin, Abteilung XX*
*entworfen wurde.*
*Erstmals soll dieses Spiel am 19. 12. 1984 durch*
*Teichert-Rosenthal, Rüdiger*
(geschwärzt: Erfassung durch MfS)
*einem größeren Personenkreis vorgestellt worden sein, als sich in der Wohnung von Bärbel Bohley ca. 14 Personen zu einer Zusammenkunft mit dem Bundestagsabgeordneten ... versammelt hatten...*

So steht es in einem Bericht der Hauptabteilung XX (zuständig u. a. für den „politischen Untergrund“) vom 12. Februar 1985. Nachdem der zuständige Stasi-Offizier in Berlin schildert, wie das Spiel durch einen Spitzel in seine Hände gelangte und er alles mittels XEROX kopieren konnte, schreibt er: *Bei dem sogenannten Gesellschaftsspiel „Bürokratopoly“ handelt es sich um ein Würfelspiel, welches auf ironische Weise angebliche Wege zur Erlangung und zum Verlust politischer Macht in der DDR aufzeigt und auf diese Art die gesellschaftlichen Verhältnisse verächtlich macht.* (Quelle: Archiv der BStU, MfS – HA XX/AKG Nr. 6849)

Damit lässt sich nun auch die Frage beantworten, wie viele Jahre es 1984 für dieses Spiel möglicherweise gegeben hätte. Das Strafgesetzbuch der DDR sah dafür Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren vor. Das steht im § 220 (Öffentliche Herabwürdigung). Dort heißt es im Absatz 2: *Ebenso wird bestraft, wer Schriften, Gegenstände oder Symbole, die geeignet sind, die staatliche oder öffentliche Ordnung zu beeinträchtigen, das sozialistische Zusammenleben zu stören oder die staatliche oder gesellschaftliche Ordnung verächtlich zu machen, verbreitet oder in sonstiger Weise anderen zugänglich macht.*
Genau dieses „Verächtlichmachen“ hatte der Stasi-Offizier in seiner „operativen Auswertung“ bemerkt und in seinem Bericht an den Leiter der AKG (Auswertungs- und Kontrollgruppe) der Hauptabteilung XX notiert.

Aber das wussten wir damals nicht. Wir spielten mit Risiko. In unserem Spiel gegen die Stasi musste zähneknirschend auch sie sich an bestimmte Regeln halten: Der Grundlagenvertrag von 1973 zum Beispiel oder die Mitgliedschaft in der UNO. Die ständige Anwesenheit westlicher Korrespondenten in Ost-Berlin, Besuche von Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN bei Bärbel Bohley und

anderen Oppositionellen, auch bei mir, zwangen sie dazu. Der Stasi-Offizier, der die Ironie meines Spiels bemerkte, konnte sich wahrscheinlich auch denken, dass meine Verhaftung am nächsten Tag schon in einer westdeutschen Tageszeitung gestanden hätte. Er wusste: Der Böttger kannte schließlich einige Korrespondenten westlicher Medien. Deshalb durfte er mich nicht ins Gefängnis sperren, sondern ließ es zu, dass sich der Untergrund spielerisch mit dem Gefängnis befasste. Doch das war das besondere Glück meiner Situation. Zu anderen Zeiten oder auch an anderen Orten hätte mich ein solches Spiel auch deutlich mehr kosten können.

Beim Studium meiner Stasi-Akten fiel mir auf, dass ich in meiner Karl-Marx-Städter Zeit als Operativer Vorgang (OV) „Spaten“ geführt wurde. Dieser Deckname kam wahrscheinlich dadurch zustande, dass ich meinen Wehrersatzdienst bei den „Spatensoldaten“ abgeleistet hatte. In Berlin firmierte ich dann aber bei der Stasi als OV „Diplom“.

Ich weiß bis heute noch nicht genau, wie es zu diesem Namenswechsel kam. Die Bezirksverwaltung (BV) Karl-Marx-Stadt des MfS hatte meinen OV „Spaten“ nach meinem Wegzug nach Berlin archiviert und nicht an die BV Berlin geschickt. Vielleicht erwartete man meine Rückkehr in die Bezirksstadt? Die Berliner Stasi sah sich irgendwann nach meinem Umzug in die Hauptstadt genötigt, einen neuen OV anzulegen und gab ihm dann den Namen „Diplom“.

# Eine Überkreuz-Initiative 40 Jahre nach Kriegsende

März 1985. In Vorbereitung auf den Mai 1985, 40 Jahre nach Kriegsende, entstand die Idee zu einer öffentlichkeitswirksamen Aktion der Friedensbewegungen in Ost und West. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sollten aufgefordert werden, sich militärisch aus Deutschland zurückzuziehen. Dadurch sollten beide deutsche Staaten die Möglichkeit erhalten, aus ihren Militärblöcken auszusteigen. Wer soll die Westmächte und die Sowjetunion auffordern, ihre treuesten Vasallen in die Neutralität zu verabschieden? Sollen dies die Angehörigen der Friedensbewegungen beider Länder in einem gleich lautenden Brief an ihre jeweilige Schutzmacht versuchen? Damit hätten wir gleich ein „abgekartetes Spiel" dokumentiert, was schon mal einen gewissen Reiz besessen hätte.

Ich hatte da eine noch etwas bessere Idee: Die unabhängige Friedensbewegung der DDR schreibt an die drei Westmächte und die Friedensbewegung der BRD schreibt an die Sowjetunion. Mit dieser „Überkreuzaktion" dokumentieren wir die enge Verzahnung der Zivilgesellschaften in Ost und West und machen den Militärblöcken klar, dass der Einsatz für Blockfreiheit nur von unten in einer abgestimmten Aktion möglich sein kann. Ich hielt das Risiko staatlicher Repressionen für etwas geringer, als wenn wir uns „nur" an die Sowjetunion gewandt hätten.

Mit einem kleinen Text, der von den Westmächten den Abzug ihrer Truppen aus Westdeutschland forderte, machte ich mich auf den Weg zu Stephan Bickhardt und Gerd Poppe. Zu dritt erarbeiteten wir einen Appell, den dann mit der Sowjetunion als Adressaten auch die westdeutsche Friedensbewegung hätte formulieren können. Unseren Brief wollten wir im Vorfeld des 8. Mai an den Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs abgeben und weihten dazu den Pfarrer der Sophienkirche Martin Michael Passauer ein. Er sorgte dafür, dass der Plan in Kirchenkreisen bekannt wurde. Diese „Initiative für Blockfreiheit in Europa" sprach sich in der Ostberliner Szene herum und deswegen wollten sich noch einige Personen mehr an der Aktion beteiligen. Das waren Lutz Nagorski, Mirko Pusch und Mario Wetzky.

Die kleine Gruppe, die die Briefe an die Ostberliner Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs übergeben wollte, blieb von staatlicher Behinderung weitgehend verschont. Das MfS beschränkte sich darauf, uns genau zu beobachten. Am 6. Mai 1985 notierten die Stasileute, wie ich zusammen mit Passauer um 10:30 Uhr die Botschaft der USA betrat. Nagorski, Pusch und Wetzky hielten sich zunächst im Hintergrund und begleiteten mich dann

auf dem Weg zur britischen und französischen Botschaft. Die Fotos dieser Vierergruppe fand ich in den Stasiakten.

Der Brief begann mit folgendem Motto aus dem Schwur von Buchenwald: „Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." Dann folgte der Dank für die Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Anti-Hitler-Koalition und für unsere Seite die Bitte an die Westmächte:
„Die neuen Gefahren zwingen uns, Sie aufzufordern, mit der Sowjetunion und den anderen am Konflikt beteiligten Ländern in Verhandlungen einzutreten, die den bisherigen Rahmen verlassen und die Blockkonfrontation beenden sollen."
Wir schlugen als Verhandlungsziele den Abzug der in den deutschen Staaten stationierten ausländischen Truppen vor. Gleichzeitig sollten die beiden Großmächte ihre in den anderen europäischen Blockländern stationierten Gruppen und Waffenpotentiale reduzieren. 40 Mitglieder der ostdeutschen unabhängigen Friedensbewegung unterzeichneten diesen Brief.
Einen ganz ähnlichen, in Teilen sogar wortgleichen Brief schrieben Mitglieder der westdeutschen Friedensbewegung an den Obersten Sowjet in Moskau. Auch dieser Brief trug 40 Unterschriften. Somit hatte die Zahl 40 bei dieser Aktion eine große symbolische Bedeutung.

Die Briefe sollten dann am 8. Mai 1985, also genau 40 Jahre nach Kriegsende, bei den entsprechenden diplomatischen Vertretungen abgegeben werden.

Das MfS war über die Vorbereitungen zur Petitionsübergabe bestens informiert. Unter Bezugnahme auf seine Quelle „Christian" (Klarname: Lutz Nagorski) berichtete Hauptmann Ludewig von der Abteilung XX/2 der Bezirksverwaltung Berlin am 2. April 1985 in seiner „Operativen Information" von einem Treffen der Vorbereitungsgruppe am 27. März in der Wohnung von Gerd Poppe. Dabei ging es unter anderem darum, für unseren Brief 40 Unterschriften aus der DDR und für den westdeutschen Brief 40 Unterschriften aus der BRD zu sammeln. Letzteres wollte Torsten Schramm aus Westberlin übernehmen. Am Ende der Information formulierte Stasi-Hauptmann Ludewig folgenden Maßnahmeplan: „Information und Abstimmung mit HA XX bezüglich möglicher Maßnahmen zur Verhinderung der Petitionsübergabe sowie den IM-Einsatz darauf auszurichten." Die Staatssicherheit wollte also die Aktion mit Hilfe ihrer drei Spitzel, die sie in die Gruppe eingeschleust hatte, verhindern!

Am 6. Mai, dem Tag der Übergabe, fotografierte uns die Stasi intensiv und recht auffällig. So entstanden zahlreiche Dokumente, die sich sowohl in der Ablage der Hauptabteilung VIII (Beobachtung)

als auch in meiner Akte wiederfinden. Eine Kuriosität dieser Aktion erfuhr ich allerdings erst nach Aktenöffnung. Alle meine drei Begleiter auf dem Weg zur britischen und französischen Botschaft, also Lutz, Mirko und Mario, waren inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS.

Was wäre wohl gewesen, wenn sich die Vierergruppe vor der Übergabe erst einmal beraten und darüber abgestimmt hätte, ob sie die Aktion zu Ende führen solle? Eine solche Abstimmung hätte ich garantiert verloren. Aber keiner meiner Begleiter wusste, dass sich noch zwei weitere IM in der kleinen Gruppe aufhielten, und strebte somit auch keine Verhinderung der Aktion an. Da sie nicht alle vom gleichen Führungsoffizier gesteuert waren, kam es also von Stasiseite zu keinem Abbruch der Aktion. Manchmal hat mangelnde Koordination auch ihre gute Seite.



*Am 6. Mai 1985 an der Clara-Zetkin-Straße in Berlin-Mitte, nahe der US-Botschaft: Mirko Pusch, Lutz Nagorski, Martin Böttger, Mario Wetzky (v.l.n.r.)*

# Friedliche Revolution

Fast genau vier Jahre später, am 6. Mai 1989, wurde die Kommunalwahl auch von Mitgliedern unserer AG „Menschenrechte und Justiz" beobachtet. Nach der Feststellung von Wahlfälschungen im Stadtbezirk Berlin-Weißensee stellten wir Strafanzeige gegen Unbekannt gemäß § 211 StGB der DDR (Wahlfälschung). Nachdem die Staatsanwaltschaft uns mitteilte, dass die Wahl gar nicht gefälscht sein könne, weil sie bereits geprüft sei, protestierten wir an jedem 6. der darauf folgenden Monate gegen den Wahlbetrug. Das geschah durch Mahnwachen, zum Beispiel vor der Sophienkirche, und durch kleinere Demonstrationen. Auf dem Alexanderplatz zeigte jemand ein lustiges Transparent: „Zu dumm zum Addieren, aber ein ganzes Volk regieren!" Er stand nicht lange auf dem Platz, wurde abgeführt und erhielt eine Ordnungsstrafe. Die verhältnismäßig milden Strafen für solche Unbotmäßigkeiten, wie es auch meine Strafanzeige war, führten mich zu der Erkenntnis, dass die SED schon einen gewaltigen Machtverlust erlitten hatte. Aber dass ihre Macht bereits ein halbes Jahr danach am Ende sein würde, ahnte ich damals nicht.

Im August 1989 verzogen meine Frau und ich mit unseren fünf Kindern nach Cainsdorf bei Zwickau. Am 10. September unterzeichnete ich den berühmten Appell „Aufbruch 89 – Neues Forum" in Grünheide, der die friedliche Revolution maßgeblich bestimmte. Als einziger Teilnehmer der 30 Erstunterzeichner aus dem damaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt war ich es auch, der das Neue Forum beim Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt anmel-



*2. Mai 1987: als Hoffest getarntes Künstlerevent mit Herstellung eines Triptychons an der Innenwand des Hinterhofes in Berlin, Am Zirkus 6.*
*Ich versuche, den (vermutlich durch Stasi) herbeigerufenen Polizisten so lange hinzuhalten, bis die Kunstaktion zu Ende ist.*

dete und dann in der gesamten Region organisierte. Dazu trafen sich Vertreter aus fast jedem Kreis des Bezirkes in unserer Wohnung. Mit der schnell wachsenden Mitgliederzahl hatte der Staat nicht gerechnet und es gelang der Stasi auch nicht, über zahlreiche eingeschleuste Spitzel das Neue Forum zu zersetzen. Das mag einerseits an der fast flächendeckenden Ausbreitung dieser Organisation gelegen haben, andererseits aber auch dem Umstand geschuldet sein, dass die Unterschrift unter den Aufruf kein allzu großes Risiko für die Unterzeichnenden bedeutete.

## Herbst 1989

Nach unserem Umzug versuchte ich, oppositionelles Gedankengut der Berliner Gruppen auf die Zwickauer Verhältnisse zu übertragen. Dabei standen drei Ziele im Vordergrund: Sturz der SED-Herrschaft, friedliche Revolution und demokratische Umwälzung.

In Zwickau stieß ich auf die bereits lebhaft agierende Friedensbibliothek und konnte dort über Erlebnisse aus Berlin berichten, z. B. über die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP). Bereits in meiner Berliner Zeit belieferte ich ab Herbst 1988 die Friedensbibliothek mit Material aus dem Samisdat. Wichtigste Kontaktperson war mein Schwiegervater Erwin Killat. Er war es auch, der im Herbst 1989 das







*Der Künstler Daniel Lukas Richter aus Cottbus stellt in unserer Wohnung seine Werke aus, weil er dafür keine öffentliche Galerie findet. Datum unsicher, vermutlich Frühjahr 1987*

Demonstrationsgeschehen in Zwickau maßgeblich prägte. Dafür wurde er 2002 Ehrenbürger der Stadt Zwickau. Im Jahr 2017 wurde er darüber hinaus mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.
Gemeinsam mit den anderen Bürgerrechtlern strebte ich eine Demokratisierung der DDR, die Herstellung von Öffentlichkeit für oppositionelle Gruppen und die Aufdeckung der Umweltskandale an. Die Bürger sehnten sich 1989 allerdings in erster Linie nach Reisefreiheit, die auch mir wichtig war. Doch für mich gab es noch andere, ebenso wichtige Rechte, die es zu erkämpfen galt: Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit. Es schien mir damals, als seien diese Rechte und die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für viele Bürger im Jahre 1989 nicht so bedeutsam gewesen wie die Erlangung der Reisefreiheit.

Aus dem Jahr 1989 blieben mir die Friedensgebete in den verschiedenen Zwickauer Kirchen sowie die anschließenden Demonstrationen zum Hauptmarkt bzw. die Kundgebungen vor dem Rathaus in lebendiger Erinnerung. Zweifellos spielten die Kirchen und Gemeinden im Prozess bis zur Friedlichen Revolution 1989 eine tragende Rolle, obgleich die meisten Gemeinden zaghaft reagierten. Nur wenige brachten sich von Anfang an so aktiv ein wie die Versöhnungskirchgemeinde in Neuplanitz. Von Dezember 1989 bis zum März 1990 agierte ich als Vorsitzender des Bürgerkomitees zur Auflösung der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt. Für die Volkskammerwahl kandidierte ich für das Bündnis 90, verzichtete jedoch zugunsten von Werner Schulz auf den gewonnenen Sitz im letzten DDR-Parlament.

## Erlebnis Währungsunion

Besorgnis stellte sich ein, als die Umstellung der Währung (Mark der DDR 1:1 in DM) am 1. Juli 1990 zu einer ökonomischen Katastrophe führte, doch das hatte die Mehrheit der Bevölkerung wohl so gewollt. Ich schloss mich ökonomischen Befürchtungen über die bevorstehende Währungsunion an, weil einerseits die Arbeitgeber nicht in der Lage waren, Löhne und Gehälter von einem Tag auf den anderen 1:1 in Westmark auszuzahlen und andererseits die Gewerkschaften eben dies forderten. Das konnte nur in zahllosen Konkursen und entsprechend massiven Arbeitsplatzverlusten enden. Auch mein damaliger Arbeitgeber, das Kombinat Oberbekleidung Lößnitz, ging daran zugrunde. Dass ich nicht schon Juni 1990, als mein Arbeitgeber Konkurs anmeldete, arbeitslos wurde, lag daran, dass das Arbeitsamt Zwickau, bei dem ich mich zu melden hatte, gerade einen Statistiker und EDV-Menschen suchte und mich umgehend einstellte.
Anfang Juli 1990 hielt ich dann einen Änderungsvertrag des Arbeitsamtes als

meines nunmehrigen Arbeitgebers in den Händen. Die Änderung zum Arbeitsvertrag bestand einzig und allein darin, dass mir mein bisheriges Monatsgehalt nun nicht mehr in Mark der DDR, sondern in exakt gleicher Summe in DM ausgezahlt wurde. Faktisch bedeutete das für mich etwa eine Verdreifachung meines Einkommens. Wer kann da nein sagen, wenn seine Kaufkraft vom Juni 1990 zu Juli 1990 auf das Dreifache erhöht wird? Der öffentliche Arbeitgeber, in meinem Fall die Bundesanstalt für Arbeit, konnte daran nicht zugrunde gehen. Ich fragte mich nur, ob der Instrumentenbauer aus dem Vogtland seinem Gesellen zum 1. Juli auch den Lohn einfach in DM auszahlen würde. Einige taten es nicht und überlebten. Andere Arbeitgeber, meist die Treuhandbetriebe, taten es und meldeten bald darauf Konkurs an.

Damit erlebte ich einen brachialen finanztechnischen Versuch, die Volkswirtschaft auf Marktbedingungen umzustellen. Ich gehörte damals zu jener Minderheit, die der Einführung der Marktwirtschaft Vorrang vor der Währungsumstellung einräumen wollte. Erst sollten sich die Preise in Ostmark nach Angebot und Nachfrage einstellen, dann erst hätte man die Westmark im Osten einführen sollen. Meinetwegen hätte es die DDR-Mark ein ganzes Stück länger geben können, auch über den Tag der Einheit hinaus. Ein Staat, zwei Währungen – dieses Experiment hätte ich gewagt. Die ostdeutsche Mehrheit hat sich damals anders entschieden.

Somit komme ich zur Frage, die regelmäßig allen Bürgerrechtlern gestellt wird: Strebtest du einen „Dritten Weg“ an? Wolltest du die DDR eigenständig erhalten oder wünschtest du damals schon eine Vereinigung mit der Bundesrepublik?

Ich erinnere an den Verfassungsentwurf des Runden Tisches. Diesem Entwurf vom März 1990 einer neuen Verfassung für die DDR hing ich damals wegen seines durch und durch demokratischen und menschenrechtsfreundlichen Inhaltes sehr an. Zu spät merkte ich, dass zwar der Inhalt stimmte, nicht aber das Äußere. Der Name des Staates, den diese Verfassung konstituieren sollte, lautete folgendermaßen: „Deutsche Demokratische Republik“ – kurz: DDR. Die Schöpfer dieses Verfassungsentwurfs am Runden Tisch merkten offenbar nicht, dass man einen neuen demokratischen Staat nicht einfach so nennen konnte, wie das Lügengebilde, in dem wir 40 Jahre lang lebten. Wer Vaclav Havels berühmten Essay „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ gelesen hatte, konnte doch nicht einfach darüber hinweg sehen, dass der Name „DDR“ 40 Jahre lang zu zwei Dritteln Lüge war, nämlich was die beiden Worte „demokratisch“ und „Republik“ betraf. Das hatten nur nicht alle Menschen in diesem Land begriffen.

Die DDR war nicht zu reformieren, sondern zu revolutionieren. Dazu gehörte, wollte man eigenständig bleiben, meiner Meinung nach auch ein neuer Name. Beispielsweise: „Republik Ostdeutschland" oder „Bund ostdeutscher Länder" oder auch „Bundesrepublik Ostdeutschland". Im letzten Fall hätte es dann auch eine „Bundesrepublik Westdeutschland" geben müssen und ich bezweifle, ob sich die westdeutsche Bevölkerung bereit gefunden hätte, den Namen ihres Staates dahingehend zu ändern. Schon eher hätten sich unsere polnischen Nachbarn gefreut, wenn das Gebiet der ehemaligen DDR ganz klar Ostdeutschland und nicht Mitteldeutschland geheißen hätte.

Wie schauten damals meine Vorstellungen von Sozialismus aus? Vielen schwebte ja ein Sozialismus vor, wie er 1968 in der Tschechoslowakei probiert wurde, bevor ihn die sowjetischen Panzer niederwalzten. Es gab Vorstellungen von einem demokratischen Staatssozialismus, einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" als Alternative zum westlichen wachstumorientierten Kapitalismus. Die Frage, wie es damit bei mir im Herbst 1989 aussah, kann ich aktenkundig beantworten. Ich zitiere ganz einfach einen kurzen Auszug aus meiner Stasi-Akte. Im Bericht des inoffiziellen Mitarbeiters „Achim Öser" vom 18.10.1989 über eine Versammlung des Neuen Forum heißt es: „Böttger führte aus: Wir wollen nicht den Sozialismus beseitigen, wir wollen eine Art demokratischen Sozialismus schaffen, analog wie in Schweden oder Österreich. Weiter müssen wir es schaffen, die Eigentumsformen zu differenzieren, zwischen staatlichen Monopolen (Eisenbahn, Post, Stahlwerke etc.) und kleineren Privatunternehmen."
So weit die Akte. Noch heute bin ich dem IM „Achim Öser" aus Mittweida dankbar, dass er für mich im Herbst 1989 den Eckermann spielte und meine Gedanken über Sozialismus – nicht mehr mit dem Vorbild Tschechoslowakei sondern mit den Vorbildern Schweden und Österreich – schriftlich festhielt.

Was demokratischen Sozialismus betrifft, muss ich allerdings heute zugeben, dass ich im Jahre 1990 den Willen der ostdeutschen Bevölkerung zum eigenständigen Aufbau demokratischer Strukturen überschätzt hatte. Es ist ja auch einfacher, demokratische Strukturen zu importieren, als selbst aufzubauen, wenn man keine eigenen Erfahrungen hat. Die Weimarer Zeit lag schon zu lange zurück

Es funktionierte dann auch recht gut, westliche Demokratie im Osten einzuführen. Was jedoch nicht funktionierte, war der Versuch, westlichen Wohlstand in den Osten zu transportieren. Meine Landsleute erwarteten, dass der Wohlstand genauso schnell käme, wie die Demokratie. Das zeigte sich schon an den Volkskammerwahlen vom 18. März

1990, als die Bürgerrechtler verheerende Niederlagen erlitten. Lothar de Maiziere wurde nicht so sehr wegen seines Spruchs „Wir sind ein Volk!“ gewählt, sondern wegen seiner auf Ludwig Erhard beruhenden Losung „Wohlstand für alle“.

Bärbel Bohley wird häufig mit dem Satz zitiert: „Wir haben Gerechtigkeit gewollt und den Rechtsstaat erhalten.“ Diesen Satz würde ich einer bürgerrechtlichen Minderheit zuschreiben. Einer ostdeutschen Mehrheit dagegen würde ich folgenden Satz zuschreiben: „Wir haben Wohlstand gewollt und die Marktwirtschaft erhalten.“ Beide Gruppen, die Bürgerrechtler wie die wachstumorientierte Mehrheit, mussten aber folgendes lernen: So wie Gerechtigkeit schwerlich ohne den Rechtsstaat zu haben ist, wird Wohlstand schwerlich ohne Marktwirtschaft zu haben sein.

Im Frühjahr 1990 beteiligte ich mich an der Ausarbeitung einer sächsischen Landesverfassung und war schließlich von 1990 bis 1994 Landtagsabgeordneter für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen. Meine Fraktion setzte sich aus Menschen der Bürgerbewegung, Mitgliedern der sächsischen GRÜNEN und einer Frauenrechtlerin zusammen. Sie wählte mich gleich zu Beginn zu ihrem Vorsitzenden. Diese Funktion machte mir jedoch nicht sonderlich Freude, zumal sich von den zehn Mitgliedern nur sechs Abgeordnete zu der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekannten. Es gab mehrfach Streit und deswegen wollte ich nach einem Jahr nicht mehr Fraktionsvorsitzender sein. Dafür lag mir die Vereinigung von Neuem Forum, Demokratie Jetzt und Initiative für Frieden und Menschenrechte nicht nur zu einem Wahlbündnis sondern zu einer eigenständigen Partei sehr am Herzen.




*1.3.1990 Wahlkampf für Bündnis 90, Gründung des Landesverbandes Sachsen des Neuen Forum in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz)*

Diese drei Organisationen vereinigten sich am 21. September 1991 in Potsdam zum BÜNDNIS 90. Die Zahl 90 wies auf das entscheidende Jahr 1990 hin, als sich die drei Bürgerbewegungen zu einem Wahlbündnis zusammenschlossen, und steht noch heute im Namen der Partei. Nach zähen Verhandlungen, die ich mit begleiten durfte, kam es dann im Mai 1993 zur Vereinigung mit den westdeutschen GRÜNEN.

Eine weitere politische Karriere im vereinigten Deutschland strebte ich nicht an. Ich wurde Geschäftsführer einer landkreiseigenen GmbH in Kirchberg, die Alten- und Pflegeheime betreibt. Mein Vertrag lief bis 1999. Wegen einiger Streitigkeiten mit dem Aufsichtsrat wurde mein Vertrag nicht verlängert. Nach zweijähriger Arbeitslosigkeit wurde ich im Dezember 2001 Leiter der Außenstelle Chemnitz der Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Als einer, der sich schon lange mit dem Wirken der Staatssicherheit auseinandergesetzt, zeitweise sogar mit dieser Geheimpolizei Katz und Maus gespielt hatte, durfte ich nun Kopien von Akten herausgeben. Vorrang hatten dabei die Opfer staatlicher Repression. Aber auch Forscher und Journalistinnen erhielten Unterlagen zur Unterstützung ihrer aufklärerischen Arbeit. Als Außenstellenleiter durfte ich interessante Veranstaltungen in der erzgebirgischen und vogtländischen Region moderieren. Die Bundesbeauftragte Marianne Birthler förderte diese Öffentlichkeitsarbeit und machte diese dadurch zum Gegenstand der politischen Bildung. Das Amt in dieser Behörde wurde zu einem Höhepunkt meiner wechselvollen beruflichen Laufbahn. Ich übte es bis zu meinem 63. Lebensjahr im Mai 2010 aus.



*November 1996 auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Suhl. Mit Gunda Röstel (Mitte) und Werner Schulz (links).*

# Politische Aktionen in der Demokratie

Seit 2009 bin ich Stadtrat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Zwickau. Außerdem engagiere ich mich seit Gründung des Martin-Luther-King-Zentrums für Gewaltfreiheit und Zivilcourage 1998 in diesem kleinen Verein in Werdau. Doch dazu später mehr. Auch in einer Demokratie ist manchmal ein Stück Zivilcourage vonnöten, wie folgende Erlebnisse zeigen.

Im Jahr 2013 planten NPD und deren Anhänger in Schneeberg (Erzgebirge) so genannte „Lichtlmärsche“, die sich gegen Asylsuchende richteten. Ich fuhr irgendwann im Oktober hin und nahm in gebührendem Abstand von der rechtsextremen Demo an einer Gegendemo teil. Das behagte mir aber nicht sonderlich, weil ich eine direkte Konfrontation mit den Feinden des Asylrechts suchte. Auf der Rückfahrt erinnerte ich mich an die Demonstration am 1. Mai 1975 im damaligen Karl-Marx-Stadt, an der ich mit dem selbst gefertigten Transparent „FÜR DIE VERWIRKLICHUNG DER MENSCHENRECHTE!“ teilnahm.

Ähnliches plante ich nun 28 Jahre später in Schneeberg. Diesmal schrieb ich auf mein Plakat „ASYL IST MENSCHENRECHT“. Das wollte ich am Rande der NPD-Demo zeigen. Die Polizei sah das jedoch anders. Sie sagte: „Gehen Sie zur Gegendemo, die ist gleich nebenan!“ Das wollte ich aber nicht. Schließlich erwartete ich von der Polizei, dass sie nicht nur die beiden Demonstrationen trenne, sondern dass sie auch für meine Sicherheit bei der rechtsextremen Kundgebung sorgen möge. Der Polizist wollte das offenbar nicht und hin-




*Am 16.11.2013 versuche ich, mich in eine von der NPD angemeldete ausländerfeindliche Kundgebung einzureihen, was die Polizei verhindert.*

derte mich auch weiterhin am Betreten des Terrains der Rechtsextremisten. Und so blieb ich am Rande mit meinem Plakat stehen. Ein Freund fotografierte mich.

Immer wieder versuchte ich, bei PEGIDA und ähnlichen Aufmärschen mit einem selbst gefertigten Transparent aufzutreten. Ich sprach nun in der Regel vorher mit Polizisten über meine Absicht und es gelang mir schließlich, sie von meiner Harmlosigkeit zu überzeugen. Neben meinem Asyl-Plakat verwendete ich auch gern den Spruch FLUCHT IST KEIN SPAZIERGANG, weil sich die PEGIDA-Anhänger in Zwickau auch Spaziergänger nannten. In der Regel war die Polizei in der Nähe und oft auch Journalisten, die dann über meine kleinen Aktionen in der lokalen Presse berichteten. Meine Freunde betrachteten diese relativ harmlosen Aktionen zuweilen als Heldentaten, was sie aber nun wirklich nicht waren. Ich wurde zwar ab und zu von den PEGIDA-Leuten beschimpft, aber Prügel habe ich dabei noch nie bezogen.

Für mich ziehe ich aus vielen Aktionen im Grenzbereich zur „strafrechtlichen Verantwortlichkeit“ (Stasi-Deutsch) folgendes Fazit: Die Erinnerungen an frühere, nicht ungefährliche Aktionen in Zeiten der DDR-Diktatur halfen mir, ähnliche Aktionen in einer Demokratie zu probieren. Die Stasi hatte mich vor dem 1. Mai 1976 in Karl-Marx-Stadt und am 1. Mai 1980 in Berlin zwar präventiv verhaftet. Aber es blieb in der Regel bei einem Tag, den ich in Gewahrsam verbringen musste. In meiner Akte steht, ich sei ein „Demonstrativtäter“, also auch für die Stasi nicht so gefährlich, dass sie mich für längere Zeit hätte einsperren oder vielleicht auch in den Westen abschieben wollen.

Für mich selbst gestalteten sich diese Einzelaktionen als Training in Gewaltfreiheit und Zivilcourage. Dass Gewaltfreiheit nicht nur theoretisch studiert, sondern auch praktisch eingeübt werden musste, hatte ich von Martin Luther King gelernt.

# Kommunales Engagement in Zwickau

Zur Kommunalwahl 2009 kandidierte ich für den Stadtrat von Zwickau und wurde gewählt. Weil wir zwei Grüne keine eigene Fraktion im Stadtrat bilden konnten, schlossen wir uns mit der SPD zu einer gemeinsamen Fraktion zusammen. Die Zusammenarbeit verlief unproblematisch. Wir konnten einige eigene Anträge einbringen und um Mehrheiten im 48-köpfigen Stadtrat werben. Dabei gereichte uns zum Vorteil, dass die Oberbürgermeisterin Dr. Pia Findeiß ebenfalls der SPD angehörte und an vielen Fraktionssitzungen teilnahm.

Im Jahr 1998 gründete mein langjähriger Freund Georg Meusel gemeinsam mit Alexander Leistner und Akteuren der Friedensbewegung West und Ost in Werdau das schon erwähnte Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage. Die feierliche Eröffnung fand im Wohnhaus des Gründers Georg Meusel statt, wo im Erdgeschoss gerade eine Wohnung frei geworden war. In einem der Räume wurde zum Zweck der Vereinsgründung von der Frankenhausener Friedensgruppe unter Leitung von Matthias Kluge eine Ausstellung über Martin Luther King aufgebaut. Diese ist bis zum heutigen Tag dauerhaft eingelagert, auch nach dem Umzug des Zentrums mit seinem Archiv in das jetzige Domizil in der Stadtgutstraße.

Von Anfang an war ich dabei und half mit, das Archiv Bürgerbewegung innerhalb dieses Vereins aufzubauen und gleichzeitig das Zentrum in einen Ort der politischen Bildung zu verwandeln. Einerseits beschäftigten wir uns mit der Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR. Andererseits befassen wir uns in Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit aktuellen Problemen der Zivilgesellschaft. Es geht uns darum, die Demokratie gegen Angriffe von Rechtsextremisten, wie „III. Weg", „Freie Sachsen" oder die Reichsbürger zu verteidigen. Seit 2010 bin ich Vorstandsvorsitzender des aus etwa 40 Mitgliedern bestehenden Vereins.

Ein weiterer lokaler Verein ist erwähnenswert. Im Jahr 2013 entstand eine Partnerschaft der beiden Städte Zwickau und Wolodymyr-Wolynskyj in der Westukraine. Stadtrat Karl-Ernst Müller hatte auf der Suche nach dem Grab seines Onkels, der im Juni 1941 etwa 20 km östlich der polnisch-sowjetischen Grenze gefallen war, Freundschaften mit Menschen aus dem Dorf Laskiw in der Nähe von Wolodymyr geschlossen. Sie hatten ihm das Gräberfeld gezeigt, wo sein Onkel neben ukrainischen und russischen Soldaten lag. Daraus entwickelten sich regelmäßige Begegnungen zwischen Menschen aus Zwickau und der ukrai-

nischen Stadt mit 38.000 Einwohnern, die schließlich zum Abschluss der Vereinbarung über Städtepartnerschaft führte. Im Zuge dessen gründete sich der Verein „Partnerschaft zur Ukraine e. V.", in dem ich Mitglied bin.

Mehrmals im Jahr gibt es Besuchsfahrten in beide Richtungen. Ich selbst habe bisher dreimal an solchen Fahrten teilgenommen. Außerdem stellen meine Frau und ich unser Haus als Herberge für Besucherinnen und Besucher aus der Ukraine zur Verfügung, um die hohen Hotelkosten zu sparen.
Mit Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 intensivierte sich die Städtepartnerschaft Zwickau – Wolodymyr. Es entwickelte sich in der Zwickauer Bevölkerung eine große Solidaritätswelle mit den Kriegsopfern, die sich in Demonstrationen, Friedensgebeten und humanitärer Hilfe niederschlug.




*Am 19. Februar 2022, vier Tage vor Beginn der russischen Invasion, fahre ich mit meinem Freund Karl-Ernst Müller (rechts) nach Berlin, um am Brandenburger Tor an einer Solidaritätsaktion für die Ukraine teilzunehmen. Zu dem Plakat hatte mich eine Rede des Bundespräsidenten inspiriert.*

# Und immer wieder Musik

Im Jahr 2012 nahm ich an der Sächsischen Chor- und Instrumentalwoche in Hohenstein-Ernstthal als Sänger teil. Dort wurde der „Lobgesang“ (2. Sinfonie) von Mendelssohn-Bartholdy einstudiert. Die Leitung hatte der ehemalige Generalmusikdirektor von Zwickau Georg Christoph Sandmann.

Nach einer Probe fragte er mich, ob ich Lust hätte, an seinem Dirigierseminar am Mendelssohnhaus in Leipzig teilzunehmen. Ich sagte ihm, dass ich bis jetzt immer nur Orgel im Gottesdienst gespielt hätte und ab und zu auch mal mit ein bisschen Chorleitung beauftragt wurde. „Dann sind Sie genau meine Zielgruppe!“ Ich fragte mich, ob ich mit 65 Jahren anfangen sollte, Orchesterdirigieren zu lernen.

Nach kurzem Zögern sagte ich zu und meldete mich für den Herbstkurs an. Dort sollte ebenfalls am „Lobgesang“ gearbeitet werden. Zwischendurch nahm ich noch einige Unterrichtsstunden bei Herrn Sandmann in seiner Zwickauer Wohnung, wo er mir zunächst beibrachte, wie man eine Partitur vorbereitet. Erst beim dritten Mal durfte ich dirigieren und er saß am Klavier. Ich staunte immer wieder, wie er so flüssig die riesige Partitur spielen und dabei noch gleichzeitig alle Fehler des Dirigenten beobachten konnte.

Die ganze Sache machte mir sehr viel Freude und ich durfte dann auch am Herbstkurs in Leipzig teilnehmen. Von der Mendelssohn-Sinfonie reizte mich besonders der 2. Satz im 6/8-Takt. Ich bewunderte die Musiker, wie sie sich scheinbar selbstverständlich dem Dirigat eines Laien unterwarfen.
Nachdem ich also das Seminar in Leipzig einigermaßen erfolgreich absolviert hatte, nahm ich regelmäßig Privatunterricht bei Herrn Sandmann. Schon im April 2013 gab ich mein erstes Konzert. In „meiner“ Versöhnungskirche in Zwickau-Neuplanitz führte ich die Solokantate „Ich habe genug“ von Johann Sebastian Bach auf. Die Basspartie sang mein Freund Thomas Oertel aus Leipzig. Es spielten der Oboist Xavier Duss aus der Vogtlandphilharmonie Greiz-Reichenbach und das Kammerorchester des Robert-Schumann-Konservatoriums Zwickau. Das wurde für mich am Ende meines 66. Lebensjahres eine wunderbare Premiere. Seit dieser Zeit habe ich fast in jedem Jahr ein kleines Konzert dirigiert. Dazu suchte ich mir unter meinen Freundinnen und Freunden jeweils ein kleines Streichorchester aus. Einmal, bei Mozarts Konzert für Flöte, Harfe und Orchester, spielten dazu auch noch je zwei Oboen und Klarinetten. Bei der Suche nach den jungen Instrumentalisten half mir das Konservatorium ganz entscheidend.

Nun plane ich, mein Ausscheiden aus dem Stadtrat mit einem kleinen Abschlusskonzert im Bürgersaal des Rathauses zu begehen. Dazu gab es bereits Gespräche mit der Oberbürgermeisterin Constance Arndt und mit der Theaterleitung. Der Intendant versprach mir sogar, dieses kleine Konzert in das offizielle Programm aufzunehmen und mir ausreichend Musikerinnen und Musiker zur Verfügung zu stellen. Wenn alles gut geht, könnte dieser Abschied aus der Kommunalpolitik (kein Abschied von der Musik) kurz vor der nächsten Kommunalwahl im Mai 2024 erfolgen.

Schließlich darf man wohl mit 77 Jahren aus der aktiven Kommunalpolitik ausscheiden, was ja kein Abschied von Musik und Politik sein muss.

Geduld aber bringt Erfahrung;
Erfahrung aber bringt Hoffnung;
Hoffnung aber lässt nicht zu Schanden werden.

Römerbrief Kap. 5

# Schlussbetrachtung

42 Jahre meines Lebens habe ich in einer Diktatur verbracht. Es wäre schön, wenn ich mindestens genauso lange in der Demokratie leben könnte. Dabei werde ich in Ostdeutschland bleiben, obwohl es der Teil unseres Landes ist, der stärker von Putinfreundlichkeit und rechtem Gedankengut geprägt ist als der westliche Teil unseres Vaterlandes. Ob sich das ändern lässt? Ja, zum Beispiel durch das Reden und Schreiben über das Leben im Osten, wie ich es mit dieser Autobiografie versuche.

Die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen meiner Generation hatte sich an die Herrschaftsverhältnisse der DDR angepasst. Diese Menschen gingen selbstverständlich zur Wahl, um ohne Benutzung eines Stiftes die Stimmzettel in die Urne zu werfen. Sie beteiligten sich gewohnheitsmäßig an den Demonstrationen zum 1. Mai, die die Verbundenheit der Bevölkerung mit der Regierung sichtbar machen sollte. Sie waren Mitglieder im sogenannten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), der alles andere als eine Gewerkschaft war. Ich gestehe, dass auch ich nach einigem Drängen der Betriebsleitung in meinem ersten Arbeitsverhältnis in diese Pseudogewerkschaft eintrat. Darauf kann ich zwar nicht stolz sein, aber ich betrachte diesen Schritt als einen Kompromiss, ganz im Gegensatz zu meinen damaligen Kolleginnen und Kollegen. Diese betrachteten mich bis zum Jahr 1989 als Nörgler, Spinner und realitätsfernen Widerspruchsgeist. Dieses Bild über mich änderte sich in der ostdeutschen Bevölkerungsmehrheit im Herbst 1989 schlagartig. Plötzlich war ich kein Spinner mehr, sondern ein Held.

Ob sich das Selbstbild der angepassten ostdeutschen Bevölkerung in diesem Herbst ebenso schlagartig veränderte? Ich denke, dass dies nicht der Fall war. Wer möchte schon die Leistung in der ersten Hälfte seines Lebens gering achten? Deswegen beobachte ich in der hiesigen Bevölkerung eine Hinwendung zum autoritären Russland. So wie man damals den Widerstand gegen das SED-Regime als illusionär abqualifizierte und damit seine Anpassung an dieses Regime rechtfertigte, so sieht man jetzt die Verteidigung der Ukraine gegen die russische Aggression als illusionär an. Für mich stellt sich die Frage, ob das Bild Wolodymyr Selenskyjs in der ostdeutschen Bevölkerung sich irgendwann auch vom Spinner zum Helden wandeln wird. Ich hoffe, dass ich diesen Umdenkungsprozess noch erleben werde. Aber er wird wohl erst mit dem Sieg der Ukraine beginnen.

